

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Ges.“
Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Ges.“ Nr. 6630-53.
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, M. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachtgebühren. M. 3.— vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich Briefträger. — Bezugs-Beziehungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Postamt 29, sowie die Postämter in allen Teilen der Stadt; in Deutschland die Postämter, in den benachbarten Ländern und im Ausland die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einheitlicher Spalte; 20 Pfg. in sonst abweichender Spaltenbreite, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pfg. für lokale Anzeigen; 2 Pfg. für auswärtige Anzeigen. Ganze, halbe, dritte und vierte Zeilen, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme ununterbrochener Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Rabatte.

Anzeigen-Kategorie: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 8 Uhr nachmittags.

Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gänsestr. 66, Fernspr.: Amt II 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Zügen und Blättern wird keine Gewähr übernommen.

Mittwoch, 11. Februar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 69. • 62. Jahrgang.

Gewerbestand und Reichstag.

Vom Sanjabund wird uns geschrieben:

Die letzten Staatsverhandlungen im Reichstag haben wiederum eine umfassende Behandlung der Forderungen des deutschen Gewerbestandes mit sich gebracht. Es ist erfreulich festzustellen, daß der Gedanke der stärkeren Berücksichtigung der praktischen Wünsche von Industrie, Handel und Gewerbe immer mehr in den parlamentarischen Erörterungen hervortritt.

Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands macht diesen erfreulichen Vorgang nur erklärlich. Im Jahre 1880 betrug die Einfuhr 2,8 Milliarden, im Jahre 1912 10,69 Milliarden. Die Ausfuhr betrug im Jahre 1880 2,92 Milliarden, im Jahre 1912 8,5 Milliarden.

Nach den bisherigen Schätzungen wird sich im Jahre 1913 Ausfuhr und Einfuhr weiter erhöhen. Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands im Vergleich zu unseren größten Konkurrenzländern: Frankreich, England und den Vereinigten Staaten ergibt, daß Deutschland im Jahre 1891 mit seinem Gesamtanbau mit Frankreich und Amerika auf einer Stufe stand und vom britischen Gesamtanbau um 75 Prozent überliefert wurde. Heute hat Deutschland Frankreich und die Vereinigten Staaten weit übertrifft und ist dem britischen Gesamtanbau nahegerückt.

Hand in Hand damit zeigt das Bild des inneren Marktes eine Steigerung der Produktion in Bergbau und Landwirtschaft, sowie eine erhebliche Zunahme des Verkehrs. Die Getreideproduktion hat sich seit 1880 fast verdoppelt. Von den Leistungen der Montanindustrie sei erwähnt, daß im Jahre 1891 73,7 Millionen Tonnen Steinkohlen, im Jahre 1913 174,9 Millionen Tonnen gefördert wurden. An Eisenerzen wurden statt 10,7 Millionen Tonnen im Jahre 1891 27,2 Millionen Tonnen gefördert. Die Roheisenproduktion hat sich seit dem Jahre 1891 beinahe verdreifacht. Der Güterverkehr ist in den letzten Jahren auf das Dreifache gestiegen.

Dieser Vorgang, auf welchem auch die finanzielle Grundlage des Deutschen Reiches in erster Linie beruht, führt natürlich von selbst dazu, immer weitere Kreise vor allem an dem industriellen und gewerblichen Leben und den dieses berührenden parlamentarischen Aktionen zu interessieren.

Ein Abgeordneter, welcher heute offen und rückhaltlos für die berechtigten Wünsche von Industrie und Gewerbe eintritt, wird der sicheren Überzeugung sein können, daß weiteste Kreise des Gewerbestandes bei den Wahlen ihm hierfür Dank wissen werden. Die Zeiten sind vorüber, wo nur mit einer gewissen Angstlichkeit und Bagatellhaftigkeit industrielle Forderungen und Interessen vertreten wurden. Wenn auch nach der Richtung hin noch vieles zu tun übrig bleibt, so zeigen doch gerade die letzten Verhandlungen des Reichstages erfreuliche Fortschritte nach der Richtung einer Beeinflussung der Wirtschaftspolitik in industrieller und gewerbeständiger Hinsicht, und zwar auch in der Richtung der Ziele des Sanjabundes.

Der Gewerbestand hat vor allem darauf Gewicht gelegt, daß zunächst einmal formale Einrichtungen geschaffen wurden, um den Einfluß von Industrie, Handel und Gewerbe im Reichstag zu verstärken. Zu dieser Frage haben, entsprechend den Wünschen des Industrieverbandes des Sanjabundes, die Abgeordneten Spahn und Vöhrmann zugunsten der Durchführung des § 26 der Geschäftsordnung des Reichstages, d. h. der Einführung einer Kommission für Handel und Gewerbe, Stellung genommen. Auch darf man erwarten, daß sich die Reichsregierung immer mehr davon überzeugt, daß auch der Ausbau des wirtschaftlichen Ausschusses, die stärkere Heranziehung geeigneter Sachverständiger auch aus dem Handwerk und ein öfteres Einberufen des Ausschusses den praktischen Bedürfnissen entsprechen würde.

Die Abgeordneten Vortisch und Reinath haben sich für die umgehende Aufhebung des Schiedstempels, besonders im Interesse des Mittelstandes, ausgesprochen und es wäre nur zu wünschen, daß — zumal es sich nur um einen Finanzausfall von gegen 2 Millionen handelt — die Reichsregierung hierzu alsbald Stellung nimmt.

Die reichsrechtliche Regelung des Submissionswesens, die den Wünschen weitester Kreise von Industrie, Handel und Handwerk, ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit, entspricht, hat ebenfalls in den Kreisen des Reichstages lebhaften Anklang gefunden.

Was die allgemeine Wirtschaft- und Handelspolitik angeht, so haben die Verhandlungen, besonders die amtlichen Darlegungen ergeben, daß der vom Bund der Landwirte immer noch propagierte lückenlose Zolltarif wohl kaum Aussicht auf Berücksichtigung hat. Die vom Bund der Landwirte geäußerten Zollwünsche, u. a. Kartoffeln, Obst, Gemüse, Getreide, Milch, Rohm usw. angehend, würden in der Hauptsache nicht mal den Produzenten erheblichen Nutzen bringen, aber den Konsum und vor allem weite Kreise des Mittelstandes, des Handwerks, der Angestellten und Arbeiter schwer und von neuem treffen. Die Leitung des Sanjabundes ist sich in allen ihren Teilen darüber einig, daß der lückenlose Zolltarif von dieser Seite rücksichtslos verdrängt werden würde. Im Interesse des Gärtnereigewerbes und der Kleinbauern sollte man aber daran denken, wo es erforderlich ist, mit staatlichen Subventionen einzugreifen, wie dies auch seitens des Sanjabundes in der Frage der Förderung der deutschen Seefischerei mit Erfolg verlangt wurde.

Erfreulicherweise haben auch die Verhandlungen im Reichstag zu einer offenen Anerkennung der stets landwirtschaftsfeindlichen Haltung des Sanjabundes geführt, welche seitens der Agitatoren des Bundes der Landwirte naturgemäß in Zweifel gezogen wurde, und mit welcher gegen den Sanjabund, besonders auf dem Lande, von dieser Seite gearbeitet worden ist. Die Erklärung des Vertreters des Deutschen Bauernbundes im Reichstag wird solchen Manövern ein für allemal erfolgreich entgegengehalten werden

können. Sanjabund und Bauernbund werden auf wichtigen Wirtschaftsgebieten geschlossen vorgehen können. Es zeigt sich somit, daß die ruhige und stetige Organisations- und Aufklärungsarbeit, die der Sanjabund anwendet, um die Gleichberechtigung von Industrie, Handel und Gewerbe zu erstreben, immer mehr auf fruchtbaren Boden fällt. Noch vieles bleibt zu tun übrig; aber der Grundgedanke des Sanjabundes, die Einigung aller Erwerbsstände auf der Basis der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen und einer vorwärts gerichteten bürgerlichen Entwicklung, befindet sich siegreich auf dem Marsche.

Deutsches Reich.

* Die Momentaufnahmen von Donaueschingen. Die Pariser Zeitschrift „L'Illustration“ veröffentlichte kürzlich die Wiedergabe der Photographie, auf der eine Szene aus dem Schloßpark von Donaueschingen vom jüngsten Besuch des Kaisers dargestellt war. Das Bild zeigte eine Momentaufnahme, wie der Kaiser anscheinend ungenädig dem Reichslanzier und dem Statthalter Grafen v. Wedel den Rücken kehrt, um sie stehen zu lassen. In das Bild wurden natürlich allerlei Kommentare geknüpft. Auf Grund genauer Kenntnis des Sachverhalts schreibt dazu die „Chemnitzer Allgemeine Zeitung“: „Das in der Pariser „L'Illustration“ veröffentlichte Bild ist allerdings echt, aber — unvollständig.“ Die photographisch wiedergegebene Unterbrechung hat bekanntlich im Park zu Donaueschingen stattgefunden, und zwar in zwei Gruppen, jenen denen der Kaiser stand. In der einen befanden sich der Reichslanzier und Graf v. Wedel, in der anderen General v. Deimling mit dem Generaladjutanten des Kaisers Frhrn. v. Lyncker. Die ominöse Aufnahme geschah just in dem Augenblick, als der Kaiser sich einmal im Gespräch von der ersten Gruppe ab- und der zweiten zuwandte. Diese zweite Gruppe kam aber infolge der ungünstigen Stellung des Photographen nicht mit auf die Platte. Der anwesende Münchener Photograph erkannte sofort, daß nun die Aufnahme zu Mißverständnissen Anlaß geben könnte und schied das Bild aus eigener Entschliebung von der Fertigstellung aus. Von einer Beschlagnahme des Bildes durch die Polizei — das Pariser Blatt hatte geschrieben, daß die Platte später von der Polizei beschlagnahmt worden sei — ist also keine Rede gewesen. Die ausgeschiedene Platte wurde dem Münchener Photographen entwendet und der Pariser Zeitschrift unentgeltlich und anonym übermittelt. Um deswillen dürften die auf Veranlassung des Münchener Photographen angestellten Ermittlungen des Staatsanwalts, so sie von Erfolg begleitet sind, interessantes Material zutage fördern. Die Feststellung, daß das unvollständige Bild Anlaß zu allerhand Kommentaren geben würde, hat sich nun glücklicherweise erfüllt. Sie zu widerlegen ist nicht nötig, da dies durch den Verlauf der ganzen Angelegenheit — besonders so weit das Gerücht den Kaiser betrifft — hinreichend deutlich geschehen ist.

* Eine Duppelgedächtnisfeier 1914. Zur Erinnerung an die zahlreichen Kämpfe bei Düppel und den bedingenen Übergang nach Alsen, wo vor 50 Jahren Preußens reorganisierte Heere die Feuerwerke erhielten und den Grundstein legten zu des deutschen Kaiserreiches Macht und Herrlichkeit,

Der alte Fritz beim Berliner Karneval.

Aus dem Tagebuch eines Hofmannes.

Von Dr. Friedrich Spreen.

Heute ist der König von Potsdam herübergekommen, und der Karneval beginnt. Es ist freilich ein seltsamer Abgesandter, den sich da der tolle Gott des Faschings ausgesucht. Sagt doch Seine Majestät stets, diese paar Berliner Wochen lämen ihm schlimmer an als der siebenjährige Krieg, und geht er schon ungern im Herbst aus dem geliebten Sanssouci, wenn's ihm dort ohne Oien zu kalt wird, ins Stadtschloß nach Potsdam, so ist ihm das Hoffhalten zur Karnevalszeit die schwerste seiner Regentenpflichten, die er wahrlich alle nicht leicht nimmt. Aber es gehört nun halt zur Begleitung seiner Väter, gehört zur Prosperität seiner Haupt- und Residenzstadt, daß der große König sich einmal im Jahre zur Schau stellt wie eine seltene Maritall. Wo bleiben die Fremden, wäre er nicht da? Und dann gehört die Feier des Karnevals mit ihren Opern und Ballen, Aufzügen und Masken zu unerlässlichen Hoffitten, wie der selbige Rohr ja schon in seiner „Jocemonialwissenschaft“ ausgeführt.

Witterböje sah er aus und richtete die großen Feuerzungen starr vor sich hin, wie er so um Mittag hereingeritten kam, staubbedeckt, im schwebigen blauen Rock, vorn mit einer enormen Quantität spanischer Tabaks garniert, die vergilbten Wasserstiefel hoch hinaufgezogen. Ich hätte ihm in dem Augenblick nicht in die Quere kommen wollen, und die wenigen Herren seines Gefolges schienen auch so zu denken, denn sie hielten sich hinter ihm in einiger Entfernung. Das Volk aber, das doch so mancherlei an ihm zu tadeln hat, wenn er fern ist, das steht sich nicht an schlechte Laune und grimmige Augen und jubelt ihm zu. Alle, alle grüßen ihn, und so muß

er mit dem Hut in der Hand bis vors Schloß reiten. Ein Leben ist in den Straßen, ein Gedränge und eine Freude! Wahrlich, der Karneval fängt an, wenn der alte Fritz eintritt!

Nun haben wir ihn wieder für die ganze Zeit zum letzten Mal zu Pferde gesehen. Er, der Soldat, der sich sonst auf dem Gaul festbinden läßt, wenn er krank ist, fühlt sich jetzt als Brunkhäut und zeigt sich nicht anders als in königlichem Pomp und Aufzug. So ist er gleich heute abend zur Prinzessin Amalie zum Souper gefahren; so werden wir ihn jetzt zwei, dreimal wöchentlich sehen, wenn er sich in die Oper begibt, zu einem seltenen Besuch oder wohl auch auf die Redoute. Voran gehen acht königliche Käufer mit Stäben, Federbüschen und Schürzen in zwei Reihen; aber sie sind nur noch „Läufer“ dem Namen nach, denn den Posten haben alle Kriegsinvaliden, die das ganze Jahr über ruhen und jetzt nur sehr langsam vorwärts kommen. Deshalb muß auch die unförmige Staatskarosse, einst eine Glanzleistung des Wagenbaus, heute ein aller Kästen, ein recht behäufertes Tempo einschlagen. So waddelt das achtpännige Gefährt mit seinen acht Fenstern rund herum einher, die Pferde mit den allmodischen Geschirren und Federbüschen auf den Köpfen, Kutscher und Vorreiter in der blauen Uniform mit den roten Aufschlägen. In den vier Nebentritten der Kutsche stehen vier Bagen, rot mit Gold, in seidenen Strümpfen und Federbüschen, und ganz hinten unter dem Bedientensitz noch ein Stallknecht. Bei der Prinzessin ist eine ganz kleine Gesellschaft, und da fühlt sich der König am wohlsten. Er bleibt drei Stunden an der Tafel und bezaubert alle durch die Magie seiner Unterhaltung; er spricht vom neuesten Damenputz und von den diesjährigen Festlichkeiten, als hätte er nichts anderes im Kopfe; er redet viel von Anekdote mit ihrer neuesten Amour und zieht den alten Köhler wegen seines Religionswechsels auf; all das Brädelnde, das er da in buntem Wechsel hinwirft, kommt in einem überaus sanften Tonfall der Stimme aus seinem Munde und ist ebenso wie seine

Bewegungen von unbeflecklicher Anmut. Wer ahnte in diesem galanten Caeur den zürnenden donnernden Jupiter; aber ach! wir sollen auch den bald zu spüren bekommen!

Es ist das erste große Prinzen- und Prinzessinnenballet. Alle sind in zwei langen Reihen aufgestellt und müssen warten. Sobald serviert ist, öffnen sich die Flügeltüren und der König erscheint im Saal. „Treten Sie näher, meine Herrschaften“, sagt er, und nun befehlt alles in militärischer Ordnung an ihm vorbei. Als letzter schließt er sich dem Zuge an und gibt das Zeichen zum Gehen. Die Stimmung ist sehr gedrückt, denn man hat es bald heraus, daß er schlechter Laune ist. Er schilt auf alle Welt, und jeder hat Angst, daß er bald an die Reihe kommt. Der alte Graf Rodewils erregt seinen Zorn, und er sagt ihm u. a., er habe nie begreifen können, wie der verstorbenen Grumblow, der doch ein kluger Mann gewesen sei, seine Töchter an Dummköpfe habe verheiratet können, und dabei war Rodewils' erste Frau eine Grumblow! Dann fällt sein Blick auf das Hoffräulein von Brand, das sich an die erste Tafel gesetzt hat, und er wettet sie von diesem Plaque fort. Er zankt mit den Prinzen und schimpft auf die Hofdamen, wie wenn er auf dem Exerzierplatz wäre. Alles atmet erleichtert auf, als das Maß zu Ende ist, und man macht sich schleunigst aus dem Saale, wobei man sogar die strenge Ordnung der Rangverhältnisse vergißt. Es ist, als hätte die Erde gediebt und jeder wäre nur auf seine Rettung bedacht.

Die prinziplichen Herrschaften entschädigen sich aber für solche Katastrophen mit heiteren Festlichkeiten. Beim Prinzen Heinrich finden große Maskeraden statt und beim Prinzen Ferdinand hübsche Theateraufführungen. Bald verfliegen wir uns alle als Affen, denen der Mensch ja in seiner Nachahmungsfähigkeit wirklich ähnlich ist, oder als Bären, wobei einer den Führer macht; dann wieder gibt es ein Fest von über 1400 Masken, bei dem der ganze Adel und die Bürgerschaft anwesend sind. Alles verläuft in bester Ordnung; am Ende der Galerie und des Saales stehen mehrere Büfets

soll in den Tagen vom 27. bis 29. Juni 1914 in Sonderburg eine Jubiläumsfeier stattfinden. Neben der Jubiläumsfeier wird während der Sommermonate 1914 in der schönen Marinegarnisonstadt Sonderburg am Misenfund eine Doppelgedächtnisausstellung stattfinden und am 27. Juni 1914 zu Ehren der zum Jubiläum erschienenen Veteranen feierlich eröffnet werden.

KK. Wie viel deutsche Gemeinden gibt es? Die Zahl der Gemeinden im Deutschen Reich betrug 1910 75 939, darunter 72 199 mit weniger als 2000 Einwohnern — das Kaiserliche Statistische Amt nennt sie „ländliche Gemeinden“ und zählt dazu auch die „Städte“ unter 2000 Einwohnern. 3740 Gemeinden im Gegenstand zu jenen statistisch „ländlichen Gemeinden“ genannt, unter denen über die Hälfte „Städte“ dem Rechte nach sind, zählen mehr als 2000 Einwohner, und zwar 241 Gemeinden (Landstädte) 2000 bis 5000 Einwohner, 1028 Gemeinden (Kleinstädte) 5000 bis 20 000 Einwohner, 923 Gemeinden (Mittelsstädte) 20 000 bis 100 000 Einwohner und 43 Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern.

Die Not in den überflutungsgefährdeten Gebieten an der Ostseeküste. Aus dem Kreise Hinterpommern werden infolge von Eisverstopfungen große Schäden gemeldet. Pioniere sind nach allen Seiten hin tätig. Das Eigentum, Häuser, Land, Gärten sind verwüstet, das Vieh ist zugrunde gegangen. Große Mittel sind erforderlich, um dieser Not zu steuern. Weitere Geldspenden nehmen die Provinzialkomitees und die bekannten Hilfsstellen entgegen. Das Bureau des ständigen Hochwasserkomitees befindet sich Berlin NW. 40, Alsenstraße 10.

Parlamentarisches.

Die Beamtenbesoldungsvorlage in der ersten hessischen Kammer. Die Erste Kammer trat Dienstagvormittag zur Beratung der Beamtenbesoldungsvorlage zusammen. Vor Beginn der Verhandlungen gab Staatsminister Dr. v. Ewald seinem Dank an den Ausschuss für die geleistete umfangreiche Arbeit Ausdruck. Sie lasse erkennen, daß auch der Ausschuss von der Notwendigkeit der organisatorischen Neuordnung und Verbesserung der Gehälter der Beamten überzeugt sei, und gab dem Bund der Beamten, daß die Vorlage nunmehr zur endgültigen Verabschiedung gelangen werde. Im einzelnen sagte Staatsminister v. Ewald zu den Beschlüssen des Finanzausschusses, daß die Regierung dem Beschlusse der Zweiten Kammer, das Wohnungsgeld in die Gehaltsätze einzureihen und ein besonderes Wohnungsgeld zu bewilligen, sich nicht mehr entgegensetzen werde, wenn beide Kammern einen dahingehenden Beschluß fassen würden. Ferner habe der Ausschuss der ersten Kammer beschlossen, dem Antrage der zweiten Kammer bezüglich der Volksschullehrer nicht beizutreten, sondern die Regierungsvorlage wieder heranzustellen. Die Regierung erkenne hieraus, daß ihr Standpunkt zu dieser Frage aus finanziellen und sachlichen Rücksichten und aus Rücksichten auf die übrigen Staatsbeamten richtig sei. Schließlich gab der Minister der Erwartung Ausdruck, daß nunmehr das Werk endgültig zustande kommen werde.

Heer und Flotte.

Zum Inspekteur der neuen Unterseebootsinspektion ist Kapitän zur See Nordmann ernannt worden. Bis zur Bildung der Inspektion ist Kapitän Nordmann zur Information bei der Inspektion des Torpedowesens kommandiert.

Schiffsnachrichten. Eingetroffen: S. M. S. „Dresden“ am 6. Febr. in Tampico, S. M. S. „Concord“ am 8. Febr. in Port Said, S. M. S. „Luchs“ am 8. Febr. in Putschon, S. M. S. „Gamburg“ am 7. Febr. in Kiel. — In See gegangen: S. M. S. „München“ am 7. Febr. von Danzig nach Kiel.

Ausland.

Frankreich.

Die Erkrankungen in den Garnisonen. Paris, 10. Febr. Die Nachrichten über den Gesundheitszustand der Truppen in verschiedenen Garnisonen lauten täglich schlechter und die sozialistische Presse beginnt einen heftigen Feldzug gegen die Regierung zu führen. Es wird teilweise ganz offen ausgesprochen, daß die Schuld an dem Überhandnehmen der Seuche die Anwendung des Gefekes über die dreijährige Dienstzeit habe, da nicht genügend Vorkehrungen zur Kasernierung der großen Truppenmassen getroffen worden sei. Am schlimmsten heimgegriffen ist die Garnison von Epinal, wo 160 an Genickstarre und Scharlach erkrankte Soldaten eines einzigen Regiments

mit den schönsten Erfolge. Allen hat seine prächtigsten Kostüme herbeibringen müssen, und besonders die türkische Gesandtschaft, die vergangenes Jahr so viel Aufsehen erregte, hat Schule gemacht. Sultaninnen und Janitscharen führen mit Schwertern und Chinesen Tänze auf, und das Ganze krönt eine Quadrille in Kostümen, die Tag und Nacht darstellen. Das Theaterspiel beim Prinzen Ferdinand muß uns viel von der öffentlichen Bühne erlösen, denn die wird immer schlechter. Der König besucht zwar noch die Oper, aber selbst an den Szenen zur Beleuchtung wird gespart, und mehr denn je ist seine Majestät der Ansicht: „Lieber will ich Dido und Salka herauswerfen, als einen einzigen Feldwechsel entlassen.“ In den Intendanten Worten von Armin schreibt er: „Machen Sie die Liebhaber billig, denn in meinem Alter gibt man nicht mehr viel dafür aus.“ Und ähnlich sagte er neulich: „Es wäre auch kein großes Unglück, wenn es beim nächsten Karneval kein französisches Schauspiel gäbe.“ Die neue Truppe des Herrn Fierville ist jedenfalls so elend, daß der König bei den tragischen Stellen betnahe vor Lachen erstickt. Die deutschen Komödianten des Herrn Döbeln aber, die mit einem Soldatenstück von einem gewissen Lessing, in dem auch der große Friedrich vorkommen soll, einen großen Zulauf haben, kann ein Mann von Adel nicht besuchen; es geht da zu wild und ungeheuer zu; kann sich doch jeder für einen geringen Preis den Eintritt erkaufen! Die Aufführungen unserer Prinzen sind also eine Laus, und ich glaube fast, daß unsere Dramen nur von hohen Standespersonen würdig dargestellt werden können. Künftig hat man es sogar gewagt, die weiblichen Rollen in Racines „Phädra“ mit Herren zu besetzen, und Prinz Heinrich als Helin wie Prinz Ferdinand als Admetos spielen mit so leidenschaftlichem Feuer, daß man das Komische der Situation ganz vergaß und alle Zuschauer hingerissen wurden.

Doch die hohen Herrschaften haben auch noch andere Vergnügungen als diese ernsten und erhabenen. Ein Hauptstück der Prinzeninnen ist, Blindfuß zu spielen, und nach dem Souper — natürlich, wenn der „Alte“ nicht dabei ist —

ins Hospital gebracht werden mußten. Neue Fälle von Genickstarre werden auch aus Toulon, Antin, Angers, Noeßnes und Anders gemeldet.

Dänemark.

Ein Aufruf zur Pflege dänischer Kultur in Jütland. In einem Aufruf, der von mehreren hundert führenden dänischen Männern und Frauen unterzeichnet und an die jütlandischen Rittkämpfer von 1884 gerichtet ist, wird zur Stiftung eines Fonds aufgefordert, der zur Pflege dänischer Kultur in Jütland verwendet werden soll.

Portugal.

Die neuen Minister. Lissabon, 10. Febr. Der Justizminister, der Finanz- und der Arbeitsminister gehören der Partei des bisherigen Ministerpräsidenten Affonso Costa an; die übrigen Minister sind unabhängig. Das Ministerium hat gestern die Geschäfte übernommen. Costa, der neue Minister, und der neue Ministerpräsident Bernardino Machado hielten Ansprachen. Heute stellt sich das Kabinett dem Parlament vor.

Luftfahrt.

Der nordische Meeresflug. Kopenhagen, 9. Febr. Die Vertreter der aeronautischen Gesellschaften Dänemarks, Norwegens, Schwedens und Deutschlands versammelten sich in Kopenhagen, um nähere Bestimmungen über den für den Sommer beabsichtigten nordischen Meeresflug zu treffen. Von Dänemark, Norwegen und Deutschland sind bisher 65 000 Franken für Prämien garantiert, Schweden stellte unter Vorbehalt 10 000 Franken in Aussicht. Der Start erfolgt am 22. August in Bornholm, die Ankunft in Kopenhagen am gleichen Tage. Am 23. August wird der Flug nach Aarhus fortgesetzt, dann über Kalborg, Slagen, eventuell Götterburg nach Christiania, wo die Flieger spätestens am 30. August eintreffen müssen. Es wurde beschlossen, eine internationale Kommission zu wählen, welche die Oberleitung des Fluges haben soll. Als Präsident wurde Generalleutnant Febr. v. d. Goltz gewählt. Die Flieger müssen einen Passagier mitführen.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Das Reformkino.

Die Kritik, welche die erste Vorstellung des Wiesbadener Reformkinos in der vorgestrigen Abend-Ausgabe von pädagogischer Seite erfuhr, veranlaßt den Vorsitzenden der „Wiesbadener Gesellschaft zur Bekämpfung von Schund und Schmutz“, Herrn Joh. Konrad Röper, zu der folgenden Entgegnung:

„Die Ausführungen von pädagogischer Seite in Nr. 66 des „Wiesbadener Tagblatts“, betreffend die Bildung eines Reformkinos, bedürfen einiger Erweiterung, denn so anerkannt dieselben auch gehalten sind, so geht doch durch die Zeilen eine Kritik, die geeignet ist, die Bestrebungen in falschem Licht erscheinen zu lassen. Nach den Ausführungen des Einsenders könnte man meinen, als handle es sich bei dem Reformkino um eine Gründung, die, wie ein geschäftliches Unternehmen, nur sich selber kennt, und als das neueste, alleinigmächtige Bildungsmittel den Schulunterricht zu überbieten will. In erster Linie stellt sich das Reformkino nur in Gegensatz zu den gewöhnlichen Kinodarbietungen. Mit Recht wird die Jugend von den sensationell aufgemachten Kinovorführungen ferngehalten; aber die sogenannten Jugendvorstellungen langweilen sie tödlich. Und doch! Wie gern sieht sonst die Jugend Bilder; wie gern sehen auch Erwachsene Bilder, selbst wenn sie nicht sensationell zugespielt sind. Diesen Zwischenfall soll das Reformkino lösen helfen. Reform- oder Bildungskino nennen wir unser Vorhaben; wir nennen es nicht Jugendkino. Neben weitesten nach Bildung strebenden Kreisen soll es gewiß auch der Jugend dienstbar gemacht werden. Wenn dabei die Jugend sogar in erster Linie genannt wird, so liegt das in der Natur der Sache; denn es ist der Beruf der Jugend, sich zu bilden. Sie wird deshalb auch den meisten Nutzen davon haben. Ganz fern liegt es uns, mit den Bildern von der Wirklichkeit abzulenken zu wollen. O nein, nur hinaus mit der Jugend in die Natur! Führen Sie Ihre Schüler in Wald und Feld, und durch die Klein- und Großbetriebe menschlichen Lebens, so viel es Ihnen möglich ist und es die Schulbehörde erlaubt.“

Aber wissen Sie auch, wie viele Leute durch die Natur laufen, ohne von dem Reichtum eine Ahnung zu haben, den sie auf Schritt und Tritt bewundern können? Wissen Sie, wie viele Leute keinen blassen Schimmer davon haben, wie ein Pferd beschlagen wird, wie ein Buch entsteht? Wie viel Sorgfalt und Mühe auf die Herstellung eines so alltäglichen Dinges verwandt werden muß, wie es z. B. eine Semmel ist, die sie als etwas Selbstverständliches hinnehmen; und ist es den Stadtlern wirklich so leicht, auch nur in die einfachsten Handwerke einen Einblick zu tun? und wer von den Stadtlern denkt daran, sich die geringe Mühe zu machen? Auf alles solches kann an Hand des Wandelbildes hingewiesen werden; es kann die Lust geweckt werden, Gelegenheit zu nehmen, in der Wirklichkeit die Läden zu füllen, welche die bildliche Anregung gelassen hat. Es soll auch gar nicht bloß in die Ferne geschweift werden — auch ein Zeichen sensationsbedürftiger Oberflächlichkeit —, gerade das Aller nächstliegende ist das Unbekannte. Darum kann man den deutschen Wald recht wohl auch einmal im Film genießen, damit man beim nächsten Ausflug nicht an jedem Baum vorbeilaßt, sondern auch zwischen die Bäume und sorgfältig ins Geäst späht. Und was der Schüler in langen Tagen und Wochen langsam beobachtet hat oder noch beobachten soll, das läßt sich übersichtlich in einer Viertelstunde im Wandelbild wiedererleben oder anregend vornehmen. Es wäre noch manchem Bedenken des Herrn Einsenders zu begegnen; vor allem dem Auf Rast zu halten, als recht verfrüht; sind wir doch noch mit keinem Programm hervorgetreten und sind auch nicht gewillt, uns mit einem solchen zu binden. Ich will nur auf die einleitenden Worte hinweisen, die am Freitagabend gesprochen wurden: „Wir haben nicht die Annahme, zu behaupten, etwas Vollkommenes zu bieten; wir geben einen Versuch. Aber wir mühten einmal aus der Theorie heraus in die Praxis hinein, damit sich an der Praxis der Versuch laute und brauchbar werde. Wir erbitten das Interesse und die Unterstützung der Allgemeinheit. Der Zweck der ersten Vorführung ist, zu zeigen, daß unser Versuch allgemeinen Interesses und der Unterstützung wert ist. Das Reformkino ist noch nicht gegründet, es ist erst in Bildung begriffen. Damit es ein brauchbares Gewächs werde, haben wir uns auch entschlossen, recht bescheiden anzufangen, nämlich in einem der Kinos, dessen sonstige Darbietungen wir belächeln. Deshalb haben wir unseren früheren Plan, mit einer musterhaft organisierten Schöpfung aufzutreten, fallen gelassen. Zu letzterem hätten wir eben auch großer Mittel bedurft. Wenn wir nun über solche nicht verfügen, so werden wir doch keine bedeutenden Anforderungen an die Eltern stellen; und Gärten gegen mittellose Kinder zu vermelden, wird auch unsere Sorge sein. Aber glaubt der Herr Einsender wirklich, daß wir bei den ohnehin nicht leicht flüssig zu machenden Mitteln für Bildungszwecke und der immer wieder betonten Selbstinappetit die Stadt zur Gründung eines städtischen Reformkinos hätten veranlassen können? Hier heißt es: „Gib dir selbst, so hilft dir die Stadt!“

Mit der Veröffentlichung dieser Entgegnung schließen wir die Ausführungen über das Reformkino, über das ein fertiges Urteil zurzeit doch noch nicht abgegeben werden kann.

— Große Kälte in Aussicht. Der herrliche Sonnenschein, das wunderbare Frühlingswetter, das uns in der letzten Zeit beschieden war, verleitet die Menschen zu Renzeshoffnungen. Die Damen denken eifrig über die neuesten Modelle für die Frühlingshüte nach, und man sieht in den tonangebenden Großstädten kaum noch einen Winterhut. Aber der Wetterbericht lautet dahin, daß diese Hoffnungen schon in den nächsten Tagen zunichte werden können. Es geht, wie uns mitgeteilt wird, über Amerika eine ungewöhnlich starke Kältewelle, die erfahrungsgemäß auch zu uns kommen wird. Aus Kansas City wird gemeldet, daß eine ungewöhnlich starke Kältewelle sich im westlichen Missouri und im östlichen Oklahoma bemerkbar macht. Das Thermometer fiel ganz rasch um 25 Grad in einer Stunde und die Temperatur, die am Tage vorher noch einen frühlingssmäßigen Charakter hatte, sank in kurzer Zeit auf 40 Grad unter Null. Auch Chicago wurde bereits von der Kältewelle betroffen, so daß das Land einen völlig winterlichen Charakter angenommen hat. Nach der Meinung der Meteorologen wird es noch ungefähr 8 bis 10 Tage dauern, und wir werden in Nord- und Mitteldeutschland die gleiche niedrige Temperatur haben. Die kalte Welle gelangt über den Ozean, wie die Erfahrungen allen gegenteiligen Beweisen zu trotz gelehrt haben. So steht uns für die Mitte Februar und den Anfang März Frostwetter bevor. — So teilt man uns mit. Hoffentlich wird's nicht allzu schlimm. Die Wetterkundigen haben sich ja schon manchmal geirrt.

8 Uhr statt um 6 Uhr zum Souper erscheint. Es gehört nun einmal zum guten Ton, recht spät zu kommen, und die Damen langweilen sich lieber zu Haus, als daß sie zur Stunde da wären. Der König zeichnet die wackeren Krieger — die sonst neben den Elegants und manch zweifelhaften Ausländern eine schlechte Rolle spielen — überall aus, wo er sie sieht. Er beschenkt sie aus seiner Sammlung kostbarer Tabakdosen oder mit Pferden oder mit Geld. Auch die Prinzen und Prinzessinnen gehen nicht leer aus. So hat er der Prinzessin Amalie wie im Vorjahr wiederum 4000 Taler geschenkt, dem Prinzen Heinrich 12 000; unter den Offizieren am meisten dem General Dießlau, nämlich 10 000 Taler.

Früher hielt Seine Majestät bis zum Schluß des Karnevals in Berlin aus; jetzt kehrt er schon am Vorabend seines Geburtstages in aller Stille nach Potsdam zurück. Wie stets sagte er auch diesmal zu den anwesenden Generalen, er gehe zwar früher fort, aber sie sollten noch ruhig an den letzten Karnevalsfestlichkeiten teilnehmen. Auch die meisten Fremden lud er ein, noch länger zu bleiben. Nur zu dem Prinzen von Nassau-Weilburg, der ein Füsilier-Regiment in Burg hat, sagte er nichts. Der Prinz fragte deshalb an, ob er bald zu seinem Regiment zurückkehren solle, und hoffte, noch länger Urlaub zu erhalten. Aber aus Potsdam kam die Antwort: „Daß Euer Liebden sogleich zum Regiment gehen, sehe ich recht gern, und ist solches nützlich. Ich gebe ja auch früher als gewöhnlich nach Potsdam. Es ist sehr gut, wenn der Vater bei seinen Kindern ist, denn das verhindert, daß sie aus derucht und Ordnung kommen.“ So mußte denn der Prinz reisen, bevor noch die Herrlichkeiten des Karnevals völlig verstrichen waren.

In Potsdam aber wickelt sich der alte König mit einem Seufzer der Erleichterung in seinen warmen Kissen und streichelt seine Windspiele. „Das Vergnügen ist doch die größte Schinderei“, murmelt er und rüßelt sich zu den großen Nebeln und Wäldern, die im Februar ihren Anfang nehmen.

w. Ein gaffer Betrugsprozess beschäftigte gestern und aller Voraussicht nach auch heute die Wiesbadener Strafkammer. Die Anklagebank nehmen ein der Reisende Heinrich Eising aus Berlin, welcher am zweiten Weihnachtstag in Untersuchungshaft genommen worden ist, sowie der derzeitige Gerichtsaktuar Friedrich Buch aus Aachen. Die zwei Angeklagten sollen umfangreiche Scheindeckeln mit Drogengeschäfts-Einrichtungen verfertigt haben. Im ganzen stehen dreißig derartige Fälle unter Anklage. Eising war Reisender, Buch Geschäftsführer der Chemischen Fabrik Heinz u. Comp., G. m. b. H. in Saarbrücken, welche als Spezialität Neueinrichtungen von kleinen Drogengeschäften bei Feisuren, Sündlern usw. betreibt. Den Reklantan auf Geschäftseinrichtungen wurde ein Schränkchen übersandt, das etwa 100 Leek, Rixturen usw. enthielt. Dabei wurde der Trick angewandt, daß man zum Teil vollständig wertloses Zeug, zusammengelehrten Dreck, zum Teil teure Wirkuren lieferte, die für die Leute nicht verkäuflich waren. Wenn jemand für 900 M. Waren nachbestellt hatte, dann sollte ihm nach den Verkaufsbedingungen der Wert des Schränkchens ersetzt werden. Dieser Schrank wurde, obwohl das dazu verwandte Holz nur Lannen war, mit 95 M. in Rechnung gebracht, d. h. ganz erheblich höher, als die Konkurrenz im Preise. Aber auch abgesehen von diesen Tricks, wurden von dem Reisenden alle möglichen Versprechungen bezüglich der Verabreichung der Preise, der Franzislieferung, bezüglich der nötigen Reklame, der Verbindungen, welche die Firma am Platze unterhalte usw., gemacht, die später nicht gehalten wurden. Im ganzen sind es 80 Fälle, auf welche die Anklage sich erstreckt. Sie entfallen auf Biebrich, Elville, Langenschwalbach, Wiesbaden usw. usw. Eising der Hauptangeklagte, ist gelernter Apotheker, er war, bevor er bei der Firma Heinz in Stellung trat, bereits in Konkurrenzfirmen tätig gewesen.

kann die Branche und konnte sich daher das Schwindelhafte dieses Geschäftsbetriebs nicht verhehlen. Er war lediglich Provisionsreisender, erhielt 10 Prozent Provision, abgesehen davon, daß ihm ein Automobil zur Verfügung gestellt wurde, und daß er auf 200 M. Wochenspesen Anspruch erheben konnte. Er stellt im großen und ganzen die ihm vorgeworfenen Schwindelereien nicht in Abrede.

Wc. Zwei Monate Gefängnis wegen Verleumdung eines Wundarmen. Der Wundarmenwachmeister P. in Vierstadt hatte bei einer Treibjagd am 19. Dezember den Auftrag erhalten, zum Zweck der Verhinderung von Unglücksfällen das Publikum aus dem Jagdterrain fernzuhalten. Auf seinem Patrouillengang stieß er auch auf den Landmann Adolf Kunz von Kloppenheim. Er machte ihn auf die Gefahr aufmerksam und forderte ihn auf, seines Weges zu gehen. Kunz überschüttete ihn mit einer Flut von Schimpfwörtern. Er mußte den Wundarmen von seinem Feld ernähren, sagte er, der Wundarm sei nur dafür da, um die Hasen abzuschleppen usw. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu 2 Monaten Gefängnis und ordnete die Publikation des Urteils durch Aushang am Kloppenheimer Gemeindebrett an. (Das Urteil erscheint ziemlich hart; der Angeklagte will an die Strafkammer appellieren.)

Wc. Wegen eines Paars alter Strümpfe drei Monate Gefängnis! Der Gärtnergehilfe Ludwig Moll in Höchst nahm eines Tages, als er sich bei der Arbeit nasse Füße geholt hatte, ein in der Nähe auf einer Leine hängendes Paar alter Strümpfe weg. Der junge Mann ist rüchfälliger Dieb. Die Strafkammer mußte ihn daher, so leid es ihm tat, in 3 Monate Gefängnis als die gefällige Mindeststrafe nehmen.

W. Das Urteil im Lauenburger Bankprozeß. Lauenburg i. P., 9. Febr. Im Lauenburger Bankprozeß wurde heute abend 9 Uhr nach siebenstündiger Verhandlung das Urteil verkündet. Der Bankbeamte Milpich, der Hauptangeklagte, erhielt wegen Untreue in fortgesetzter Handlung, Urkundenfälschung und Kontrahatsvergehen, 4 Jahre 8 Monate Gefängnis, der Bankprokurist Franz wegen Untreue in fortgesetzter Handlung 2 Jahre 2 Monate Gefängnis, der Bankbeamte Hinz 9 Monate Gefängnis, die unerschütterliche Fritz Schmodinski, die Braut des Angeklagten Milpich, 2 Monate Gefängnis; der Landmesser Speitstößer und der Bankkassier Gadschard wurden freigesprochen.

hd. Todesurteil. Braunschweig, 10. Febr. Der Braunkammer Mörder Vlog wurde gestern nach mehrtägiger Verhandlung vom Schwurgericht wegen Mordes und schweren Raubs zum Tod verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm dauernd aberkannt.

Neues aus aller Welt.

Millionen Diebstahl bei einer amerikanischen Eisenbahn. London, 10. Febr. „Daily Chronicle“ meldet aus New York vom 9. Febr.: In der Interstate-Commerce-Kommission sind aufsehenerregende Enthüllungen über Diebstähle im Großen bei der New Haven und Hartfordbahn gemacht worden. Ein früherer Vorsitzender der Kommission erklärte, daß eine Summe von 28 Millionen Mark verschwunden sei. Senator Norris erklärte, die Gesellschaft sei ausgeraubt worden und er hoffe zuversichtlich, daß die Schuldigen entdeckt und zur Verantwortung gezogen würden. Senator Hitchcock erklärte, die Männer, welche die Gesellschaft ruiniert und die Aktionäre betrogen hätten, hätten sich zu gleicher Zeit als gemeinnützige Puritaner aufgespielt.

Streikzerstörung in Böhmen. Tetschen a. d. E., 10. Febr. Im „Hotel Stadt Prag“ kam es vorgestern zu schweren Ausschreitungen. Der Agent Paul Kallig aus Berlin, der arbeitswillige deutsche Seher nach Tetschen gebracht hatte und deshalb von freireisenden Seheren tätlich angegriffen wurde, hat den Maschinenmeister Solinger von der Bodenbacher sozialdemokratischen Druckerei niedergeschossen. Solinger ist gestorben.

Anführung eines Männerballets. Duisburg, 10. Febr. Ein Männerballet, der hinter verschlossenen Türen stattfand, wurde in der Nacht auf Sonntag von der hiesigen Kriminalpolizei überfallen und aufgelöst. Die etwa 100 Teilnehmer, die zum Teil als Damen verkleidet waren, stammten aus allen Schichten der Bevölkerung und waren aus allen Gegenden des Reiches, z. B. aus Essen, Dortmund, Düsseldorf, Köln, Solingen, Frankfurt, Wiesbaden, Münster, Berlin, Hamburg usw. hierhergekommen.

Menterei in einem Gefängnis. Paris, 10. Febr. Im Gefängnis zu Pnau-Penz in Böhmen brach eine Menterei aus. An 800 eingeborene Gefangene überfielen die Wächter und suchten sie zu ermorden. Diese machten jedoch von ihren Feuerwaffen Gebrauch und töteten mehrere Gefangene.

Die neue Hofstrasse. Berlin, 9. Febr. Der schlichte schwarze Rod, der bisher bei den Berliner Hofbällen fast noch in ziemlich großer Zahl vertreten war, steht auf dem Aussterberlist. Die Hofballform mit weißen Anzügen, Schuhen und Strümpfen schied sich an den Rod zu verdrängen. Zu dem nächsten Ball beim Kaiser und der Kaiserin im Weißen Saal des Berliner Schlosses, der am 11. Februar stattfindet, erklärt der Oberhof- und Hausmarschall Freiherr v. Reichach die übliche Anstalt, in der verhandelt wird, daß die Herren vom Zivil in Gala mit weißen Unterleibern (Anzügen, Schuhen und Strümpfen) erscheinen. „Diejenigen Herren, die zur Anwesenheit einer Uniform oder Amstracht nicht berechtigt sind und demnach früher im schwarzen Rod und weißer Strümpfe erschienen, haben nunmehr, wie die Hofanweisung bestimmt, die Bekanntschaft des vorgeschriebenen Hofballs zu tragen.“ Die Damen erscheinen bei dem nächsten Hofball in langen ausgestärkten Kleidern, wobei verschiedene Ausschnitte und lange Ärmel verboten sind.

Plattenepidemie in Budapest. Budapest, 9. Febr. Hier ist die Schiffschiffkrankheit (Malaria) epidemisch aufgetreten. Auch der Oberbürgermeister Gábor und fünf Abgeordnete sind von der Krankheit ergriffen worden.

Deutscher Reichstag.

Einiger Drabberich: des „Wiesbadener Tagblattes“.

§ Berlin, 10. Februar.

Am Bundesratssitz: Dr. Delbrück.

Vizepräsident Baasche eröffnet die Sitzung um 1,19 Uhr. Eingegangen ist die Novelle zum Gesetz betreffend den Abfall von Kalisallen.

Die zweite Beratung zum

Etat des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt, und zwar werden zunächst die zurückgestellten Abänderungen über die Ausgaben, Ausführung des Gesetzes, und Einnahmen, „Abfall von Kalisallen“, mit der dazu vorliegenden Resolution vorgenommen. Die Resolution

wird angenommen und mit einer Änderung die Ausgaben und Einnahmen nach den Beschlüssen der Kommission bewilligt. Sodann wird die gestern abgebrochene Debatte über das Reichsgesundheitsamt

fortgesetzt.

Abg. Meyer-Cellé (nat.): Der Abgeordnete Spiegel hat nur Behauptungen aufgestellt, die nicht bewiesen sind. Es ist nicht leicht, ein vollständig klares Bild über die bestehenden Zustände im Hüttenwesen zu verschaffen, und weil insbesondere von sozialdemokratischer Seite immer wieder Verkürzung der Arbeitszeit gefordert wird, muß das Reichsgesundheitsamt eine zuverlässige Statistik aufstellen. Wir beantragen in unserer Resolution eine solche Erhebung. Ergeben sich so ungünstige Verhältnisse, wie behauptet wird,

dann muß dafür Sorge getragen werden, daß das kostbare nationale Gut der Arbeitskraft geschützt und erhalten wird.

Nachgewiesen ist, daß die Verhältnisse hinsichtlich des Lebensalters der Hüttenarbeiter sich in der letzten Zeit gebessert haben. Keineswegs trifft es zu, daß die Arbeiter mit vierzig Jahren verbraucht sind. Unfälle lassen sich leider nicht vermeiden, die Zahl ist aber keineswegs übermäßig hoch. Zur Klarlegung dieser Verhältnisse muß die Statistik eingreifen. Die Forderung nach Sicherheitsmännern im Hüttenwesen, wie sie im Bergbau bestehen, ist nach den Erklärungen des Staatssekretärs und des Handelsministers augenblicklich nicht diskutabel. Die Unfallverhütungsvorschriften müssen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern streng beachtet werden. Wenn auch die Überstunden als ein Mißstand zu betrachten sind, so würde doch mancher strebsame Arbeiter es schwer empfinden, wenn ihm die Möglichkeit zum Mehrverdienst genommen würde. Die Überstunden auf 30 Arbeitsstunden auszuweiten, ist natürlich ein Unfug, dem vorgebeugt werden muß. Die Behauptung der Sozialdemokraten, daß Arbeiter nach 17jähriger Arbeitszeit von den Arbeitgebern als unbrauchbar angesehen werden, ist falsch und nicht erwiesen. Das Pensionsklassenwesen legt den Arbeitgebern große Lasten auf. Dennoch werden vielfach freiwillige Beiträge in erheblichen Summen diesen Klassen zugewiesen. Daß die Arbeitgeber grundsätzlich allen sozialpolitischen Gesetzen entgegenarbeiten, ist ein schwerer Vorwurf, der durch nichts bewiesen ist und den ich entschieden zurückweisen muß. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Es sind noch 15 Redner zu diesem Kapitel gemeldet. Wenn alle so lange reden wollen wie der Vorredner, würden wir morgen noch nicht mit dem Kapitel fertig. (Hört! Hört!)

Abg. Wagner (Soz.): Während wir fortgesetzt einen größeren Schuttschutz, einen größeren Schutz der Wöchnerinnen und des Hebammenwesens verlangen, fordern die Agrarier eine weitere Verteuerung der Milch. Das ist nicht für, sondern gegen die Kultur; das ist die Politik der Satten gegen die Hungerigen. Namentlich in den östlichen Provinzen fehlt es an jeder Hebammenhilfe. Unsere vorjährige Resolution auf Einstellung von Mitteln für die Förderung des Hebammenwesens ist in den großen Papierkorb gewandert. Zu diesem Zweck sind keine Mittel vorhanden.

Die soziale Lage der Hebammen ist vielfach ungenügend. Die Regierung muß endlich für den Stand der Hebammen etwas tun, um dadurch auch der Nation zu helfen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Krings (Zentr.): Die Staubbelastung auf den Landstraßen durch Automobile ist immer noch im Wachsen. Die öffentliche Gesundheit ist schwer durch diese Raferei gefährdet, nicht nur durch die Gefahr, überfahren zu werden, sondern auch durch die Staubentwicklung, die schlimmer wirkt, je schöner und gesuchter die Gegenden sind. (Vizepräsident Dr. Dove bittet den Redner wiederholt, sich mehr an die Sache zu halten.) Für Vesprenung der Straßen bei trockenem Wetter muß jedenfalls mehr gesorgt werden.

Ministerialdirektor Dr. Revald: Die starke Entwicklung des Automobilverkehrs hat bei uns eine erhebliche Zunahme der Staubplage mit sich gebracht. In England ist man so weit im Straßenbau, daß man stundenlang Automobilfahrten unternehmen kann, ohne unter der Staubentwicklung zu leiden oder andere darunter leiden zu lassen. Ich hoffe, daß wir bald dahin gelangen werden, daß die Staubplage durch den Automobilverkehr völlig verschwindet.

Abg. Dr. von Celler (nat.): Wir wünschen die Aufstellung einheitlicher Grundsätze zur Regelung der Arbeits- und Rechtsverhältnisse des Krankenpflegepersonals, so weit eine reichsgesetzliche Regelung nicht geschehen kann. Die sozialdemokratische Resolution geht mir nicht weit genug. Unsere Resolution ist eine Anerkennung für die selbstlose aufopfernde Tätigkeit der Krankenpfleger und -pflegerinnen. (Beifall.) Ich dazu beitragen, die Berufsvereidung des Pflegepersonals zum Segen der Nation zu steigern. (Beifall.)

Abg. Leube (Vpl.): Die Quarantänenvorschriften für einzuwanderndes Vieh, namentlich aus Dänemark, zu erleichtern, ist bringend zu wünschen im Interesse der Fleischbilligung. Sodann muß das Fleischbeschaugesetz geändert werden, wie es im Ausland schon geschehen ist. Schließlich fordern wir die Erleichterung der Einfuhr geschlachteter Tiere.

Abg. Frommer (konf.): Für die wissenschaftliche Erforschung der Maul- und Klauenseuche müssen mehr Mittel bewilligt werden. Der Grenzschutz muß schärfer gehandhabt werden. Es empfiehlt sich, die Unterschwärzer, die die Seuche leicht von Gehöft zu Gehöft schleppen, einer genaueren Kontrolle zu unterziehen. Die Entschädigungen müssen reichlicher gewährt werden. Die Abschachtung muß vorsichtig und nicht zu reichlich angeordnet werden. Zu leugnen ist nicht, daß die bisherigen Schlachtungen gut gewirkt haben. Die dem Professor Löffler zur Verfügung gestellte Summe für die Seuchenforschung genügt nicht, der Betrag muß erhöht werden im Interesse der Landwirtschaft und einer einwandfreien Fleischversorgung des Volkes. (Beifall.)

Abg. Dombel (Vpl.) tritt für größeren Arbeiterschutz in den Hüttenwerken ein und wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Meyer-Cellé.

Abg. Lg. Mumm (Wirtsch. Bg.): Eine Schablonisierung der Krankenpflege ist nicht möglich. Dazu sind die Verhältnisse in den Krankenhäusern zu verschieden. Das Hebammenwesen ist reformbedürftig.

Die Darstellung der Sozialdemokraten über die sittliche Not der in der Landwirtschaft beschäftigten Kinder ist übertrieben.

Notwendig ist ein Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche unter 18 Jahren. Für die Binnenschifffahrt fordern wir Sonntags- und Nachtruhe. Auch für das Gastwirtschafts-gewerbe darf es keinen sozialen Stillstand geben.

Der Direktor des Reichsgesundheitsamtes Dr. Baum: Die Grundsätze, die der Reichsgesundheitsrat beschlossene zur einheitlichen Regelung des Hebammenwesens, sind der preussischen Regierung überwiesen worden. Es ist nicht zu leugnen, daß die Versorgung des platten Landes mit Hebammenhilfe noch schwierig ist; es kann aber nicht geleugnet werden, daß unsere sozialpolitische Gesetzgebung auf diesem Gebiete viel gebessert hat.

Es wäre undankbar von uns, wenn wir die vielfachen Bestrebungen der privaten Wohltätigkeit und Humanität für Säuglinge und Wöchnerinnen verkennen würden.

Wöchnerinnenheime und Entbindungsanstalten sind erbaut worden in einer Zahl, die den Vorwurf unberechtigt machen, daß nichts geschehen sei. (Sehr wahr!) Der Wunsch, daß bei eingeführtem Fleisch auch diejenigen Teile mit eingeführt werden können, die jetzt vernichtet werden, läßt sich nicht erfüllen, da diese Teile ungenießbar sind und außerdem auch vergorrt werden müssen. Aus diesem Grunde hatten die Interessenten auch gewünscht, daß diese Teile vernichtet werden. Der Abg. Leube hat ferner angeregt, die Quarantänestationen aufzuheben für Schlachtvieh, das aus überfressenen Ländern eingeführt wird. Das wäre ein Rückschritt und würde dazu dienen, viel krankes Fleisch aus dem Auslande einzuschleppen. Andere Länder, wie England, lassen betartige lebende Tiere auch nicht herein. (Abg. Götze ruft: Das behaupten Sie.) Schlachtvieh jedenfalls nicht, um das es sich vielfach handelt.

Der Anregung, unsere Truppen mit Gefrierfleisch zu ernähren, läßt sich nicht Folge geben.

Ich glaube, es ist besser, wenn die Angehörigen des Heeres mit frischem Fleisch versorgt werden. Bezüglich der Magen über die Maul- und Klauenseuche verweise ich auf die nächsten Verhandlungen des preussischen Landtages. Wenn der Abg. Fromm eine schärfere Grenzsperrung gegen Rußland verlangt, so muß ich ihn an den preussischen Landwirtschaftsminister verweisen. Betreffs der Sperre für Vieh und Beobachtungs-gürtel bei Maul- und Klauenseuche ist im Reichsgesetz freie Hand gelassen worden. Wenn gefestigt worden ist, so sind die Zollbehörden darauf aufmerksam zu machen. Wöchnerinnen sind tief einschneidende und schmerzliche Wunden für den Betroffenen, aber bei einer großen Gefahr kann auf den einzelnen keine Rücksicht genommen werden, sondern auf die Gesundheit, und da muß diese Maßregel Platz greifen. Daß Abschachtungen nicht in übertriebenem Maße zur Anwendung kommen, dafür sorgen die gesetzlichen Bestimmungen. Die Untersuchung im Reichsgesundheitsamt über den Erreger der Maul- und Klauenseuche sind bisher leider ergebnislos verlaufen. Die wissenschaftlichen Forschungen werden aber mit allem Nachdruck fortgesetzt werden. (Beifall.)

Abg. Thumann (Vpl.): Die Apotheker gehören zu dem Teil des Mittelstandes, für den eine weitere Fürsorge dringend nötig ist. Die Einbringung eines Malzweingegesetzes ist dringend erforderlich.

Ministerialdirektor von Jonaudres: Ein Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Verfälschung durch Malzweine ist heute dem Bundesrat zugegangen.

Abg. Jedel (Soz.): Die Heimarbeit in der Spitzenweberei ist besonders gefährlich. Die Gesundheitsverhältnisse lassen viel zu wünschen übrig. Die Arbeitszeit besonders für Frauen in der Textilindustrie ist viel zu lang. Wir verlangen wöchentlich einen Ruhetag für die arbeitenden Frauen und Mädchen, ferner Freigabe des Samstagsmittags.

Abg. Lütz-Görling (nat.): Der Abgeordnete Jedel hat stark übertrieben.

Nicht nur die Arbeit ist gewachsen, auch die Arbeitsgelegenheit ist gestiegen und damit die Lebenshaltung der Arbeiterkreise.

Hygienische Schutzvorrichtungen beim Einsetzen der Weberschiffchen, wie sie der Vorredner verlangt, gibt es genug. Reist werden sie aber von den Arbeitern nicht angewendet. Die allmähliche Einführung automatischer Einfädelungsvorrichtungen wird aber mit der Zeit den hygienischen Anforderungen im vollen Maße gerecht werden.

Abg. Poppe (Zentr.): Ich bitte, darauf hinzuwirken, daß in dem Viehschuttschutz eine Änderung dahin eintritt, daß den durch die Seuche Betroffenen eine Entschädigung aus Reichsmitteln bezahlt wird.

Abg. Vogt-Grallheim (konf.): Wir verlangen, daß der Schutz gegen die Einschleppung von Seuchen aus den Nachbarländern aufrechterhalten wird bei der Einfuhr.

Ministerialdirektor v. Jonaudres: Das Reichsgesundheitsamt hat auf Grund einer Petition bereits Normativbestimmungen für das Nahrungsmittelwesen ausgearbeitet.

Abg. Dove (Vpl.): Den Medizinalpraktikanten muß gestattet werden, einen Teil ihres praktischen Jahres bei einem praktischen Arzt durchzumachen. Das wäre die beste Einführung in die Praxis. Den Kurpfuschern sollte man etwas mehr auf die Finger sehen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Jedel und Reichsbaum (nat.), der der Regierung für die Vertusche dankt, den Erreger der Maul- und Klauenseuche zu finden, wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Das Kapitel wird bewilligt und die dazu gestellten Resolutionen angenommen, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, betreffend das Krankenpflegepersonal, an deren Stelle die denselben Gegenstand betreffende Resolution von Celler einstimmig angenommen wird.

Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt; außerdem Denkschrift über die Rudlagen bei der Berufsgegenschaft. — Schluß 7¼ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Automobilverkehr und innere Politik.

R. Berlin, 10. Febr. (Eig. Drahtbericht) Der bedauernde Unfall, von dem neulich die beiden Reichstagsabgeordneten vom Zentrum durch Überfahren mit einer Automobilmaschine betroffen wurden, hatte bekanntlich dem Zentrum Veranlassung gegeben, sich bei dem Minister des Innern insbesondere über die zunehmende Unsicherheit auf den Straßen zu beschweren. Dementsprechend verlangte auch namens der Interpellanten deren Wortführer Freiherr Steinaeder strengere Polizeivorschriften zur Vermehrung der Kontrolle. Der alte General tat dies nicht ohne Humor, aber reistlich rückständig in seinen Ansichten. In der darauffolgenden Antwort des Herrn v. Dallwitz und der sich hieran anschließenden Diskussion wurde ein Bild des deutschen Großstadtlebens, vor

dem der Stadt Berlin, entworfen, das, was übrigens den Automobilverkehr anlangt, für Berlin recht günstig aussieht. Nach den Darlegungen des Ministers sind die Ziffern der Unfallstatistik für Berlin recht gering; in London werden fast doppelt so viel in Paris fast fünfmal soviel Personen von Automobilen überfahren. Aber immerhin haben Klagen aus der letzten Zeit den Minister veranlaßt, bei den zuständigen Reichsämtern eine Revision der Bestimmungen für den Automobilverkehr anzuregen. Von der Linken, dem nationalliberalen Abgeordneten Just und nicht zuletzt von dem fortschrittlichen Abgeordneten Rosenow wurden zahlreiche vielfach übertriebene Beschwerden auf das richtige Maß zurückgeführt. Letzterer sprach die Bitte aus, daß die Allerhöchsten Herrschaften in den königlichen Autos, was die Schnelligkeit anlangt, dem übrigen Publikum mit gutem Beispiel vorangehen möchten.

Bald war man wieder bei der inneren Politik und der Minister v. Dallwitz wies die von dem Polen Seyda gegen die Regierung gerichteten Vorwürfe zurück, so namentlich auch hinsichtlich der Durchführung des Enteignungsgesetzes. Den Schluß der heutigen Sitzung bildete eine ziemlich lang gehaltene Rede des „10 Gebote“-Hoffmann, der volle drei Stunden so ziemlich alles, was bisher vorgetragen war, noch einmal von seinem Standpunkt aus beleuchtete und die vielen Fälle noch um einiges vermehrte. Zeitweise ging es während seiner Rede recht hitzig zu, indem die Rechte und das Zentrum ihn mehrfach durch ironische Hurufe unterbrachen, worüber Hoffmann in gewohnter Manier quittierte.

Sitzungsbericht.

Stenographischer Bericht des „Wiesbadener Tagblattes“.

S. Berlin, 10. Februar.

Am Ministertisch: Minister des Innern v. Dallwitz.

Vizepräsident Dr. Krause eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation der Abg. Porck (Zentr.) und Gen., betreffend den Automobilunfall zweier Reichstagsabgeordneter.

Minister des Innern v. Dallwitz erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Frhr. v. Steinaecker (Zentr.) begründet die Interpellation. Wir stehen noch unter dem Eindruck des Automobilunfalls, durch den zwei Reichstagsabgeordnete hier in Berlin in der Mülkerstraße betroffen und schwer verletzt worden sind. Gestern ist wieder am Brandenburger Tor ein ähnlicher Unfall vorgekommen, bei dem ein acht Jahre altes Kind von einem Automobil umgefahren und schwer verletzt worden ist. Wir haben den Wunsch, daß die Abgeordneten bald wieder hergestellt und ihrem Berufe wiedergegeben werden. Wir erwarten eine amtliche Erklärung darüber, wie das Unglück sich zugetragen hat und ob die gesetzlichen Bestimmungen innegehalten worden sind.

Die Zahl der durch Automobile Verletzten und Getöteten nimmt in erschreckender Weise zu.

und auf die Stadt Berlin entfällt dabei der Löwenanteil. Freilich wird den Chauffeurs das Fahren durch unordentliches Verhalten des Publikums häufig erschwert. In den meisten Fällen aber trifft die Schuld den Wagenführer, vor allem deswegen, weil sie häufig mit größerer Geschwindigkeit, als erlaubt ist, nämlich mit einer Geschwindigkeit von über 25 Kilometer, fahren. Die Automobilpassagiere tragen vielfach selbst die Schuld an dem zu schnellen Fahren. So veranlaßt ein Richter, der zum Gericht fuhr, den Chauffeur zu übermäßig schnellem Fahren. Von einem Polizisten angezeigt, mußte der Chauffeur vor Gericht erscheinen und hier wurde er von demselben Richter verdonnert, den er gefahren hatte. (Große Heiterkeit.)

Auf den Chauffeurs erheben die Automobilfahrer den Anspruch, daß ihnen die Bahn gehört und daß sie sich um die Chauffeefähigkeit nicht zu kümmern brauchen.

(Heiterkeit.) Vor allem ist zu verlangen, daß die Automobile an den Straßenrändern so langsam fahren, daß ein Unfall nicht vorkommen kann. Wenn ein Druck von oben käme, dann würden die Fahrer eher bestrebt sein, über die Höchstgeschwindigkeit nicht hinauszugehen. Wenn aber einmal zugefaßt wird, dann erinnert das nicht an die Krallen des Löwen, sondern an einen Samthandschuh. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir fordern die Innehaltung der Höchstgeschwindigkeit und ein öfteres Kontrollieren derselben auf den Chauffeurs. Auch für eine entsprechende Beleuchtung der Automobile muß gesorgt werden. Ferner ist Gewicht auf gute Ausbildung und Prüfung der Chauffeurs zu legen.

In London und Paris wird schneller gefahren als bei uns, und doch ereignen sich dort weniger Unfälle, weil die Leute ihr Handwerk besser verstehen.

Man sollte doch einmal die preussische Schnelligkeit eintreten lassen, wenn jemand im Interesse des Verkehrs nicht pariert. (Sehr gut! im Zentrum.) Wir müssen dahin streben, daß auch die Wagenführer den Spruch beachten: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Minister des Innern v. Dallwitz: Zunächst möchte ich meinem aufrichtigen Bedauern und meiner herzlichen Anteilnahme an dem Unfall der beiden Reichstagsabgeordneten Ausdruck geben. Zu meiner Freude kann ich mitteilen, daß in dem Besonderen des Abg. Buch eine Besserung eingetreten ist; das Befinden des Abg. Hebel gibt noch zu Besorgnissen Anlaß. Ich hoffe, daß auch in seinem Befinden bald eine Besserung eintreten wird. Bravo im Zentrum! Nach den bisherigen Bestimmungen läßt sich noch kein abschließendes Urteil über den Unfall und seine Ursache fällen. Es scheint festzustellen, daß der eine Chauffeur an der Kreuzung der Mülker- und Brachvogelstraße zu schnell gefahren ist. Für die beiden Abgeordneten ist es verhängnisvoll geworden, daß sie, anstatt stehen zu bleiben, zurückgetreten sind. Auch hat es sich nicht um Probefahrten gehandelt, sondern um erprobte Chauffeurs.

Hinsichtlich der Automobilunfälle stehen wir in Berlin erheblich günstiger als in London und Paris.

Die Regelung des Verkehrs wird durch Reichsgesetz geordnet. Vom Bundesrat sind eingehende Bestimmungen über den Wagenverkehr erlassen worden. Da die gemachten Erfahrungen ergeben haben, daß diese Bestimmungen noch Mängel haben, so sollen sie einer Revision unterzogen werden. Die Verhandlungen über die Revision sind bereits vor einigen

Tagen in Angriff genommen worden. Trotz der großen Zunahme der Zahl der Automobile ist in der Zeit von 1912 bis 1913 die Zahl der Unfälle erheblich zurückgegangen.

Auf Antrag des Abg. Gerold (Ztr.) findet eine Debatte über die Interpellation statt.

Abg. Dr. Gieseler (kons.): Als Automobilbesitzer kann ich den Ausführungen des Abg. Steinaecker durchaus zustimmen. Vor allem muß darauf geachtet werden, daß die Höchstgeschwindigkeit nicht überschritten wird.

Abg. Dr. Just (natl.): Auch wir wünschen, daß die beiden Abgeordneten bald genesen. Leider werden die Chauffeurs so häufig von den Insassen der Automobile zu übermäßig schnellem Fahren veranlaßt. Große Verdienste um das Automobilwesen hat sich der mitteldeutsche Motorverein erworben, der weniger Wert legt auf die sportliche Ausnutzung des Automobils, vielmehr auf dessen Verwertung als brauchbares Verkehrsmittel.

Im ganzen haben sich unsere Verkehrsverhältnisse sehr wesentlich gebessert.

Man denke nur an die frühere Verkehrsmisere auf dem Potsdamer Bahnhof. Es ist auch nicht zu leugnen, daß wir jetzt ein weit besseres Chauffeurmateriel als früher haben. Eine große Gefahrenquelle ist in der Unachtsamkeit der Fahrer von anderen Fahrzeugen zu suchen. Leider ist es bisher nicht gelungen, einen Geschwindigkeitsmesser herzustellen, der die Geschwindigkeit registriert. Vor allem ist zu wünschen, daß die Chauffeurs aus einwandfreien Schichten der Bevölkerung genommen werden. Wir erwarten, daß nichts unternommen wird, was geeignet ist, die gute Entwicklung unseres Automobilwesens zu hemmen. (Beifall bei den Natl.)

Abg. Rosenow (fortsch. Vpt.): Ich selber bin vor Jahren von einem Automobilunfall betroffen worden und hoffe, daß die beiden Reichstagsabgeordneten in gleicher Weise wie ich den Unfall überwinden werden. (Beifall.) Das Material unserer Kraftwagenführer ist gegen früher entschieden besser geworden. Wenn trotzdem noch häufig Unfälle vorkommen, so ist zu bedenken, daß eben der Verkehr ein unarmbegeriger Gefälle ist. Zur Verminderung der Automobilunfälle wird es beitragen, wenn auch die Schulleute dahin ausgebildet werden, daß sie besonders auf die Automobilunfälle achten. Berlin wollte mit den Vororten zusammen eine Chauffeurschule errichten; dabei haben sich Schwierigkeiten ergeben, die zu beseitigen ich den Minister bitten möchte.

Die Mitglieder des königlichen Hauses sollten mit gutem Beispiele vorangehen und nicht in so rasendem Tempo fahren, denn sonst glauben die Bankiers und Millionäre zu einem eben solchen Tempo berechtigt zu sein. (Beifall links.)

Abg. Böser (Soz.): Berlin hat bessere Chauffeurschulen als andere Städte. Wie bei den Eisenbahn- so liegt auch bei den Automobilunfällen häufig an der zu langen Arbeitszeit die Schuld.

Abg. v. Trampe (Soz.): Auswüchse müssen bekämpft werden. Es wird aber niemand daran denken, das Automobilwesen einzuschränken oder die Automobile abzuschießen.

Nach dem Schlusswort des Abg. von Steinaecker (Ztr.) wird die Besprechung geschlossen. Damit ist die Interpellation erledigt.

Hierauf wird in der zweiten Beratung zum

Etat des Ministeriums des Innern

beim Titel „Ministergehalt“ fortgefahren.

Minister v. Dallwitz: Die Behauptung des Abg. Dr. Seyda, daß die Anwendung des Enteignungsgesetzes auf die Anregung des Herrn von Tiedemann zurückzuführen sei, ist durchaus unbegründet. Die Anwendung derartiger Maßnahmen erfolgt lediglich nach Beschluß des Ministerrates. Daß Spindel in Gasmotoren geschickt werden, um Denunziationen über die Übertretung der Polizeistunde zu machen, kann ich nicht billigen. Über meine Stellungnahme zu dem vom Abg. Bohnke kritisierten Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten habe ich mich bereits klipp und klar ausgesprochen.

Wie ich mich aber mit Herrn von Jagow auseinandergesetzt habe, das entzieht sich der Einwirkung der Parlamente; darüber hier Auskunft zu geben, lehne ich ab. Wie ein Beamter einem unterstellten Beamten seine Zufriedenheit oder Unzufriedenheit zu erkennen gibt, das unterliegt nicht der Kontrolle der Parlamente, die vorübergehenden Strömungen unterliegen. Hier sind Legislative und Exekutive streng zu unterscheiden. (Beifall rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Die Ausführungen des Abg. von Nordhoff waren nur ein schwacher Aufguss seiner Scharfmodernde im vorigen Jahre. Es war ein Schwänzen, um die nationalliberalen Gänse einzufangen. (Heiterkeit.) Der Buchs lautet schon, wie er sie verspeisen möchte. (Heiterkeit.) Von den Nationalliberalen kann man sagen: „Heute ass er sie, heute fangen sie ihn.“ (Erneute Heiterkeit.) Der Abg. Hoffmann irrt sich, wenn er meint, wir sind so gefährlich, weil wir die Personen hassen und bekämpfen.

Wir bekämpfen die Systeme, die Personenfrage scheidet dabei aus.

Unser Haß gilt auch nicht der Religion und der Kirche, sondern wir wenden uns nur dagegen, daß das Volk durch die Religion unterdrückt wird. Kürzlich kam die Meldung, daß in China Religionsfreiheit verkündet wurde. Wollen Sie (nach rechts) hinter China zurückbleiben? Sie klagen über den Geburtenrückgang. Wollen Sie ihn verhindern, so schaffen Sie bessere Lebensbedingungen für den Arbeiter. Wer ist denn zuerst gegen die vielen Geburten losgegangen? Das war die Frau Copelius, die Gattin eines Herrn im Hause da drüben. Warum heben Sie nicht, um dem Geburtenrückgang entgegenzuwirken, das Polka auf? Selbst ist der Mann. (Heiterkeit.) Nach dem Vorgehen des Abg. Seyda bekommen jetzt die Minister und sonstigen vornehmen Leute Nummern. Der Minister ist nicht hier; auch seine Nummer ist mir nicht bekannt, hoffentlich ist es nicht die Nummer 175. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.) — Vizepräsident Dr. von Krause: Die letzte Bemerkung des Redners war sehr abgemessen. Die Landräte mischen sich in alles ein; sie vertreiben sogar Batterielose und Billets zu Fahrten mit Lustschiffen. Durch die Verschönerung von ungenutzten Postkarten will man nur die Kunst stramonieren. Auch sonst zieht sich unsere Zensur fortwährend Wamaan zu. In Hauptmanns Jahrhundert-Festspiel ist die Stelle beanstandet worden: „Als alle tiefen, kam endlich der König.“ (Unruhe rechts.) In Breslau hat sich ja im letzten Gezeigt, wie es mit dem „Ministerhof vor Kaiserstrasse“ bestellt ist. Über Hannes Himmelfahrt hat sich Herr zu Bodenlose geäußert, es sei ein höchst sozialisches und zugleich sentimentales Machwerk, von dem man sich

bei Vorhadt mit Champagner und Ravier erholen müsse.

In einem Theaterstück heißt es: „Bringt Volter, schwelende Rissen, so unanständig wie möglich.“ Der Zensor hat die Worte: „So unanständig wie möglich“, gestrichen. Es laufen Tausende von unanständigen Menschen in Berlin herum, aber unanständige Volter duldet die Polizei nicht. In einem Stück kommt ein Gendarm vor; es wurde mit der Bestimmung freigegeben, daß der Gendarm keine preussische Uniform tragen dürfe. (Heiterkeit.) In einem Berliner Theater kam der Zensor zu einer Generalprobe; was da die Balletttruppen mit dem Zensor angestellt haben, das geht noch über den dummen August Velling im Zirkus Menz. — Nachdem der Redner drei Stunden gesprochen hat, bemerkt er: „Ich bringe ein so weitläufiges Material vor, weil ich befürchte, daß mir in der Spezialdebatte das Wort abgeschnitten wird. Die Polizei verwendet die zweifelhaftesten Elemente für ihren Dienst. Ein Mann, der zu mehrjährigen Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt worden war, arbeitet für die Polizei — mit erhebener Stimme —: „Das ist ein öffentlicher Skandal!“ (Rufe rechts: Lauter! Heiterkeit!) Nur bei der Sozialdemokratie ist Gerechtigkeit. (Lachen rechts.)

Um 7 1/2 Uhr erklärt Vizepräsident Dr. Porck: Es ist mir amtlich mitgeteilt worden, daß

die Stenographen nicht mehr in Stande sind, ihre Arbeit weiter zu leisten.

Ich schlage deshalb vor, die Sitzung jetzt abzubrechen und die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr zu verlagern. Der Redner hat gegen 5 Stunden lang gesprochen.

Das Haus beschließt gemäß dem Antrag des Vizepräsidenten. — Abg. Hoffmann ist somit gezwungen, seine Rede abzubrechen. — Schluß nach 7 1/2 Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Der Kronprinz auf der Landwirtschaftstagung.

¶ Berlin, 10. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Von der heutigen 42. Plenarversammlung des deutschen Landwirtschaftsrats und von der Teilnahme des Kronprinzen erfährt der „Völkisch-Anzeiger“ u. a. folgendes: Durch beifälliges Referat des Kronprinzen wurde einstimmig mit der von dem Referenten beifälligen Anschauung, wonach der erste Redner Graf Dr. Gerlach gegen eine Arbeitslosenversicherung sich mit der Begründung wandte, daß dann für die Landarbeiter das Wagnis, nach der Stadt zu ziehen, ein noch geringeres Risiko in sich schließen würde. Dagegen schied der Kronprinz mit dem Referenten nicht übereinstimmend, als er von den guten Erfolgen sprach, die die landwirtschaftlichen Kurse in den Garnisonen zeitig hätten. Den lebhaftesten Eindruck auf den Kronprinzen machten die Äußerungen des Kreisrats Freiherrn v. Thüngen-Thüngen, als dieser bezüglich der Entlohnung, bezw. den Rückgang der Geburten betonte, daß die Großstädte längst aufgehört hätten, allein der Boden für diese bedenkliche Erscheinung zu sein. Hier wandte sich der Kronprinz zu dem Staatssekretär Debrück; auch Herzog Albrecht und der Landwirtschaftsminister folgten seinem Beispiel, und im Lauf der Zeit sah man die vier Herren Kopf an Kopf sich über diese Frage diskutieren. Als Freiherr von Thüngen-Thüngen sodann im weiteren Verlauf der Meinung entgegentrat, daß die Wohlfahrtsanstalten keine Garantie gegen die Landflucht bringen könnten, stimmte ihm der Kronprinz bei der Stelle zu, als der Referent betonte: „... wo doch die Sozialdemokratie ihre stärkste Quelle gerade in den Gebieten hat, in denen die Wohlfahrtsanstalten am intensivsten ausgeübt wird.“ Dann erschien Herr Odenburg-Januschau auf dem Plan. Raum hatte der Vorsitzende seinen Namen genannt, als sich der Kronprinz zu dem von seinem Platz aus sprechenden Redner zuwandte und ihm freundlich zunickte. Nachdem auch Freiherr v. Wangenheim gesprochen hatte, verabschiedete sich der Kronprinz und verließ den Saal.

Die Einführungsansprache des neuen Staatssekretärs von Elsaß-Lothringen, Grafen v. Rödern

wb. Straßburg, 10. Febr. In der Zweiter Kammer des Landtags ergriff sofort zum ersten Punkt der Tagesordnung der neuernannte Staatssekretär Graf v. Rödern das Wort, indem er zunächst betonte, daß er bei Einführung der Vorlage Verwaltungsreformen bezüglich der außerordentlich Angelegten aller Ressorts über die Erörterung allgemeiner politischer Fragen oder die programmatische Besprechung von Fragen der inneren Verwaltung heute nicht verhandeln könne, um so weniger, als er mit den Verhältnissen und Besonderheiten der Organisation noch mehr vertraut werden müsse. Auf dem Gebiete der allgemeinen Politik, erklärte der Staatssekretär, könne er heute ein Programm nicht vorlegen. Es liege auch zur Entwicklung eines neuen Programms überhaupt kein Anlaß vor. Die allgemeinen Richtlinien der Politik bestimmt der Herr Statthalter und ich betrachte es als eine besonders glückliche Züge für mich, daß mir diese Richtlinien vorgezeichnet sind und vorgezeichnet werden von St. Erzelenz dem Herrn Statthalter Grafen v. Wedel. Seine Intentionen sind Ihnen allen bekannt. Nach diesen habe ich mich zu richten und werde es freudigen Herzens tun. Im weiteren Verlaufe seiner Einführungsansprache äußerte Graf v. Rödern den Wunsch, es möge der künftige Kampf der Meinungen, wo er zur gegenwärtigen Klärung wichtiger prinzipieller Fragen zu führen sein würde, stets getragen sein von der Überzeugung, daß auch der andere nur das Beste des Reiches und des Landes, wenn auch vielleicht auf verschiedenem Wege, erstrebe. Bezüglich des Kostenbedarfs im außerordentlichen Etat spricht der Staatssekretär schließlich die Hoffnung aus, daß derartige wichtige Verwaltungsausgaben an der Hand des bereits vorliegenden Finanzprogramms in Zukunft in den ordentlichen Etat vertrieben werden. Er schloß, indem er mit warmen Worten den Besoldungsbedarf einer so großen Anzahl geringbesoldeter Angestellter der wohlwollenden Prüfung des Hauses empfahl. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung führte Abgeordneter Emmel (Soz.) aus, der Herr Staatssekretär habe es so dargestellt, als ob es sich eigentlich um die alte Regierung handle, da er ja seine Intentionen vom Statthalter Grafen v. Wedel erhalte. Diese Äußerung widerspreche dem, was in der Öffentlichkeit bekannt geworden

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Geld“ Nr. 6550-53.

Vom 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Schalter-Geld geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, 2.- vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerlohn. M. 3.- vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, auswärts 3.50. — Bezugs-Bestellungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle des Reichs-Postamts, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Bielefeld die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Verleger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Wirtschafts- und Arbeiter-Blatt“ und „Meiner Anzeiger“ in einseitiger Spalte; 20 Pfg. in beiden abweichenden Spaltenführungen, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pfl. für lokale Kleinanzeigen; 2 Pfl. für auswärtige Kleinanzeigen. Ganze, halbe, viertel und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Rabatte.

Anzeigen-Nachnahme: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 9 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Wilmersstr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451.

Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgerichteten Tagen und Plätzen wird keine Gebühr erhoben.

Mittwoch, 11. Februar 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 70. • 62. Jahrgang.

Politische Übersicht.

Der Kronprinz.

Der Kronprinz kann, wie so mancher es im öffentlichen wie im privaten Leben schon hat tun müssen, den Himmel bitten, daß er ihn vor seinen Freunden bewahren möge. Der Kronprinz wohnte gestern in Vertretung des Kaisers der Sitzung des Landwirtschaftsrats bei. Es ist ganz selbstverständlich, daß er in dieser Versammlung von Fachmännern nur zum Hören und zum Lernen berufen sein kann, und es ist nicht erlaubt, anzunehmen, daß er selber seine Aufgabe anders als mit dieser klugen Beschränkung verstehen kann. Der deutsche Landwirtschaftsrat ist naturgemäß eine Vertretung landwirtschaftlicher Interessen. Niemand wird beanspruchen, daß die dort gehaltenen Reden jenes Maß von strenger Objektivität erreichen oder nur erstreben, das von einem höheren Standpunkte der überragenden und allen Berufsständen gleichermaßen gerecht werdenden Interessen gewünscht werden muß. Enthalten somit die Beratungen des Landwirtschaftsrats ein im Grund genommen dazu gehöriges Element der Einseitigkeit, so hat man bisher immerhin ein gewisses Bemühen um Vermeidung der in anderen Versammlungen üblichen Schroffheiten wahrnehmen können. Wenn der Kronprinz mit dem Temperament seiner glücklichen Jugend während der Verhandlungen des Landwirtschaftsrats Zustimmung wie Ablehnung durch lebhafteste Gesten äußerte, so braucht das nun aber gewiß nicht der Öffentlichkeit mitgeteilt zu werden. Es kann dem Kronprinzen selber nicht willkommen sein, daß das geschieht. Ein selbstverständlicher Takt müßte es jedem Teilnehmer an den Beratungen und jedem Zuhörer und Zuschauer verbieten, den Kronprinzen anders als einen aufmerksam Vernehmenden zu schildern. Reizt nun wird diese Dilettante nicht geliebt. Der „Kosmosanzeiger“ verwendet vielmehr, wie wir in der Morgenausgabe schon dratlich meldeten, einen breiten Raum darauf, uns genau mitzuteilen, wie sich der Kronprinz bei dieser und bei jener Wendung in den verschiedenen Vorträgen benahm, und so bekommt man einen verstimmtenden Eindruck, der um so bedauerlicher ist, je leichter er vermieden werden konnte. Es ist doch beispielsweise nicht nötig, daß alle Welt erfährt, der Kronprinz habe „lebhaft zustimmend genickt“, als Herr v. Oldenburg-Janusson seine scharfen Angriffe gegen die Krankenversicherung auf dem Lande übte. Ähnliche Zustimmungserklärungen kamen vom Kronprinzen auch bei anderen zugespitzten Kritiken an der sozialen Gesetzgebung. Man tut dem Kronprinzen wirklich keinen Gefallen mit so greller Unterfärbung seiner Urteile, die naturgemäß nur aus Gefühlserregungen, nicht aber aus sachkundiger Prüfung schwieriger Zustände hervorgehen können. Daß er selbst das Bedürfnis nach gründlicher Belehrung empfindet, hat er ja durch seinen Wunsch zu erkennen gegeben, vom Landrat Freiherrn v. Malsbahn in die Elemente von Verfassung und Verwaltung eingeführt zu werden. Gibt es denn keine Mittel, ihn gegen Zudringlichkeiten nach der Art des „Kosmosanzeigers“ zu schützen?

Reformen.

O Berlin, 10. Febr.

Eine angenehme Überraschung wurde dem Reichstage heute durch die Einbringung eines Gesetzesentwurfs, betreffend Änderungen des Militärstrafgesetzbuchs, zuteil. Die Vorlage enthält wesentliche Milderungen der bestehenden Strafbestimmungen. Sie verdankt, wie berichtet wird, ihren Ursprung einer Anregung des Kaisers. Sie wird voraussichtlich dazu beitragen, daß die Verstimmung über manche Erscheinungen der jüngsten Zeit, die sich im Fall Babers zeigten, nachlassen wird. Die eigentliche Veranlassung zu dem Gesetzesentwurf ist gegeben durch die vorjährige, vom Reichstag nahezu einstimmig beschlossene Abänderung des Aufrührerparagrafen. Schon damals empfand man es überall als einen Widerspruch, daß neben der Herabsetzung der Strafen für Aufruhr nunmehr härtere Strafen für geringere Vergehen bestehen bleiben sollten. Dieser Widerspruch wird jetzt durch die Novelle beseitigt. Sowohl beim tätlichen Angriff auf einen Vorgesetzten wie bei Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft, bei Fahnenflucht und bei Verleitung zur Fahnenflucht sollen fortan wesentlich geringere Strafen zugelassen werden. Dem Gesetzesentwurf ist die Annahme durch die große Mehrheit des Reichstags sicher. Vermutlich werden auch die drei konfessionellen Mitglieder dafür stimmen, die den vorläufigen Initiativantrag nicht annehmen zu können erklärten. Denn gerade wegen der Verschiebung des Gleichgewichts zwischen den Strafen für Aufruhr und

denen für geringere Vergehen hatten sie Bedenken gegen eine Änderung im einzelnen.

Der Entwurf

lautet wie folgt:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw.,

berufen den Namen des Reiches, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Der Militärstrafgesetzbuch wird dahin abgeändert:

1) Dem § 68 ist als zweiter Satz anzufügen: „In minder schweren Fällen kann, wenn die Tat nicht im Felde begangen ist, die Strafe bis auf vierzehn Tage mittleren oder strengen Arrest ermäßigt werden.“

2) Dem Abs. 1 des § 70 ist als zweiter Satz anzufügen: „In minder schweren Fällen kann, wenn kein Rückfall vorliegt, die Gefängnisstrafe bis auf drei Monate ermäßigt werden.“

3) Dem Abs. 1 des § 78 ist als zweiter Satz anzufügen: „In minder schweren Fällen kann die Gefängnisstrafe, wenn die Tat nicht im Felde begangen ist, auf drei Monate ermäßigt werden.“

4) Dem Abs. 1 des § 85 ist als zweiter Satz anzufügen: „In minder schweren Fällen kann, wenn die Tat nicht im Felde begangen ist, die Strafe bis auf vierzehn Tage strengen Arrest ermäßigt werden.“

5) Im Abs. 1 des § 86 hinter den Worten „zehn Jahren“ einzufügen: „in minder schweren Fällen mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Monaten“

6) Im § 97 Abs. 1 Satz 1 treten an Stelle der Worte „einem Jahre“ die Worte „sechs Monaten“ und im Satz 2 an Stelle der Worte „zwei Jahren“ die Worte „einem Jahre“.

§ 97 Abs. 2 erhält folgende Fassung: „Hat die Täterschaft eine schwere Körperverletzung oder den Tod des Verletzten verursacht, so ist statt auf Gefängnis oder Festungshaft auf Zuchthaus von gleicher Dauer zu erkennen; in minder schweren Fällen tritt Zuchthaus oder Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahre ein.“

7) Dem § 110a ist als zweiter Satz anzufügen: „In den Fällen der §§ 106, 107 und 110 ist neben einer erkannten Gefängnisstrafe die Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes zulässig.“

8) In § 138 Abs. 1 werden die Worte „nicht unter vierzehn Tagen“ gestrichen.

9) Im § 184 Abs. 1 ist der zweite Satz zu streichen.

Urkundlich usw.

Gegeben usw.

Die schwedische Kabinettskrisis.

wh. Stockholm, 10. Febr. Am Tage nach dem Bauernzuge überreichte das Ministerium dem König folgende Darstellung: Durch die Einsetzung der Verteidigungskommission am 1. Dezember 1911 hatten Eure Majestät die Forderungen für die Ergebnisse der bevorstehenden Erwägungen dahin zusammengefasst, daß Eure Majestät die Erwartung aussprachen, daß die Vorschläge, die aus diesen Erwägungen hervorgehen würden, im ganzen genommen geeignet sein würden, die Wehrmacht in ihrer damaligen Effektivität zu bewahren. In der Ansprache, mit der Eure Majestät am 6. d. M. die Kundgebung der sogenannten Bauernzüge beantworteten, kommt in diesem Zusammenhang das zu erwartende Vorschlag zur Verbesserung der Landesverteidigung folgender Passus vor: „Von den Forderungen zur Schlagfertigkeit und Kriegsbereitschaft der Armee, die von den Sachverständigen meines Heeres als unumgänglich bezeichnet wird, gehe ich nicht ab.“ Es ist Eure Majestät bekannt, daß der Vorschlag, der jetzt auf der Basis der Arbeiten der Verteidigungskommission vorbereitet wird, weit über die Beibehaltung der jetzigen Effektivität hinausgeht und in vielen Punkten eine wesentliche Verbesserung der Wehrmacht enthält. Aber bei der Kenntnis der Forderungen der militärischen Autorität in verschiedener Hinsicht ist ganz sicher vorzusehen, daß der Vorschlag, den das Ministerium Eure Majestät zur Vorlegung im Reichstag unterbreiten wird, schwerlich alle diese Forderungen wird erfüllen können. Es kann auch hinzugefügt werden, daß er mit Sicherheit keine Aussicht auf Annahme hätte, wenn dies der Fall wäre. Unter diesen Umständen ist es dem Ministerium für ratsam erschienen, Eure Majestät untertänigst anheimzustellen, folgende Fragen zu beantworten: Ist es Eure Majestät Absicht, mit den oben zitierten Worten im Voraus zu erklären, daß Eure Majestät bei der Prüfung des Vorschlags zur Verbesserung der Landesverteidigung, der sich in Ausarbeitung befindet, den Vorschlag nicht aufheben zu wollen, wenn er nicht in allen Punkten die Forderungen erfüllt, die die militärischen Sachverständigen für unumgänglich erklärt haben, selbst wenn der Vorschlag als Ganzes eine weitere Erhöhung der Effektivität der Landesverteidigung mit sich führen würde? Mit Bezug auf einzelne andere Ausdrücke in der erwähnten Ansprache erlauben wir uns ebenso untertänigst um die Beantwortung der folgenden Fragen zu ersuchen: Haben Eure Majestät in irgendeiner Weise im Voraus einen Standpunkt bezüglich des kommenden Verteidigungsvorschlages gefasst, ehe die konstitutionellen Ratgeber Eure Majestät Gelegenheit gehabt haben, ihre untertänigsten Vorschläge in dieser Angelegenheit zu machen und diese zu begründen?

Auf die erste Frage gab der König nach an demselben Tage folgende Antwort: Da ich bis jetzt noch nicht den Vorschlag der Regierung in der Landesverteidigungsfrage und noch weniger die Erklärungen meiner Sachverständigen darüber gesehen habe, ist es mir unmöglich, diese Frage zu beantworten, bevor die Angelegenheit zur Entscheidung vorliegt. Daraus geht also hervor, daß ich im Voraus keinen Entschluß gefasst habe. Auf die zweite Frage antwortete der König: Es ist einleuchtend, daß ich nicht im Voraus in irgend

einer Frage einen entscheidenden Entschluß gefasst habe oder habe fassen können, ohne erst die Erklärungen meiner konstitutionellen Ratgeber oder die Vorschläge des Staatsrats zu hören.

Das Ministerium erklärte sich mit der Antwort des Königs nicht zufrieden. Nach weiteren Verhandlungen hat der Staatsrat am 9. Februar dem König einen formulierten Entwurf für die Antwort des Königs mit folgenden Worten zur Billigung vorgelegt: Indem ich bestimmt hervorhebe, daß bei der Ansprache im Schloßhof am 6. d. M. in keiner Beziehung der Charakter einer Staatshandlung beachtet gewesen ist, will ich als Antwort auf die erste wie auf die zweite Frage hiermit erklären, daß ich nicht beabsichtigt habe, in irgend einer Weise meiner Prüfung des kommenden Regierungsvorschlages zur Verbesserung der Landesverteidigungsvorgängen vorzugreifen. Diese Prüfung wird in jeder Beziehung konstitutionell sein und muß selbstverständlich von meiner Seite nicht an einen im Voraus gefassten Standpunkt gebunden sein.

Der König hat indessen als endgültige Antwort auf die beiden Fragen folgendes erklärt: Es ist nach der Verfassung klar, daß ich nicht im Voraus einen entscheidenden Entschluß in irgend einer Frage gefasst habe oder aber habe fassen können, ohne erst die Erklärungen meiner konstitutionellen Ratgeber oder die Vorschläge im Staatsrat zu hören.

Gleichzeitig damit, daß das Ministerium dem König einen formulierten Entwurf zur Antwort des Königs auf den ersten Schritt des Ministeriums vorlegte, hat der Staatsrat am 9. Februar dem König folgende Erklärung mit dem Ersuchen um Beantwortung unterbreitet: Das Ministerium gibt Eure Majestät weiter anheim, wenn Eure Majestät beabsichtigen, in politischen Angelegenheiten öffentliche Erklärungen abzugeben, das Ministerium über die beabsichtigten Erklärungen im Voraus unterrichten zu wollen. — Hierauf hat der König geantwortet: Diese Anheimstellung kann ich nicht anerkennen, denn ich will mich nicht des Rechtes berauben lassen, zum schwedischen Volke mich frei auszusprechen. — Das Ministerium hat darauf, wie bereits gemeldet, seine Demission gegeben.

Das neue Kabinett.

wh. Stockholm, 10. Febr. Der König beauftragte den gemäßigt-liberalen Senator und Gouverneur von Kristianstad, Herrn v. d. Geer, mit der Bildung des neuen Kabinetts. — Herr v. d. Geer erklärte auf eine Anfrage, daß er den Auftrag, ein neues Ministerium zu bilden, angenommen habe. Die vollständige Ministerliste ist morgen zu erwarten.

Die Stimmung in Stockholm.

* Stockholm, 11. Febr. In den gestrigen Nachmittagsstunden sammelten sich im Zentrum der Stadt große Menschenmassen an, die das Ergebnis des Demonstrationszuges vor dem Ministerium abwarten wollten. Gegen 5 Uhr bildete sich eine nach Tausenden zählende Menschenmenge, die sich vom Gustav-Adolf-Platz nach dem Schloß zu in Bewegung setzte und unter dem Abfingen dänischer Soldaten vor dem König eine Kundgebung darbrachte. König Gustaf erschien an einem der Schloßfenster und winkte der Bevölkerung lebhaft grüßend zu. Sie entfernte sich sodann mit Hochrufen auf Schweden. In den Reihen des Janagels waren angesichts dieser improvisierten königstreuen Geste und Kundgebung wiederholt Rufe „Nieder mit dem König!“, „Es lebe die Republik!“ ausgestoßen worden. Während das anständige Publikum sich zerstreute, sammelte sich der Pöbel vor dem Reichstagsgebäude, wo demokratische Reden und Hochrufe auf die Demokratie ausgebracht wurden.

Die englische Thronrede.

wh. London, 10. Febr. Das Parlament wurde heute von dem König mit einer Thronrede eröffnet, in der er sagte:

Meine Beziehungen zu den fremden Mächten sind andauernd freundschaftlich. Es gereicht mir zu großem Vergnügen, in naher Zukunft inslande zu sein, mit der Königin den Präsidenten von Frankreich zu besuchen und auf diese Weise Gelegenheit zu erhalten, für die herzlichen Beziehungen, die zwischen beiden Ländern bestehen, Zeugnis abzulegen. Die Thronrede kündigte sodann ein Gesetz an, das auf Grund von Vorschlägen mit den Regierungen und den sich selbst regierenden Dominions entworfen ist, sich auf die britische Staatsangehörigkeit bezieht und eine Reichsnaturalisierung vorsieht. Das Gesetz wird die Wirkung haben, daß die Naturalisierung in irgend einem Teile des Reiches im ganzen Reiches gültig ist. Der König erklärte weiterhin: Meine Regierung beabsichtigt sich mit den anderen Mächten bezüglich der Verständigung über Albanien und die ägäischen Inseln mit der Absicht, die Beschlüsse in die Tat umzusetzen, welche 1913 von den Mächten während der Vorkonferenz angenommen wurden. Ich hoffe, daß die Beratungen zur Erhaltung des Friedens im Südosten Europas beitragen. Ich freue mich, sagen zu können, daß meine Verhandlungen mit der deutschen und der türkischen Regierung über die Angelegenheiten in Mesopotamien, welche für die kommerziellen und industriellen Interessen unseres Landes von Wichtigkeit sind, sich schnell

einem befriedigenden Abschluß nähern, während die Regierung in der Frage bezüglich der an den Perfidien Wolf grenzenden Gegenden, die bereits lange mit der Türkei schwebt, sich auf einem guten Wege in der Richtung einer freundschaftlichen Verständigung befindet. Der König drückte seine große Befriedigung darüber aus, daß die internationale Konferenz für die Sicherheit des Lebens auf dem Meere, die in London tagte, zur Unterzeichnung einer wichtigen Konvention führte, von der er glaube, daß sie zum Schutze des Lebens, besonders auf den Ozeanpassagierdampfern, wesentlich beitragen werde. Eine Bill, welche die in der Konvention übernommenen Verpflichtungen zur Ausführung bringe, werde dem Parlament zugehen. Er behaupte, daß in Indien das frühzeitige Aufheben der Regenzeit im Herbst die Aussichten für den Ackerbau auf dem Areal in erheblichem Umfange verschlechtert habe. Der König behaupte, daß die Bestrebungen, für die mit der Regierung Irlands zusammenhängenden Probleme eine Lösung durch ein Übereinkommen zu erreichen, bisher erfolglos gewesen seien, und fügte hinzu: „In der Angelegenheit, an der mit Hoffnungen und Befürchtungen so viele meiner Unterthanen intensiv beteiligt sind und aus der, wenn sie nicht mit kluger Voraussicht, Urteilskraft und im Geiste gegenseitigen Nachgebens behandelt wird, ernste Schwierigkeiten für die Zukunft drohen, ist es mein erster Wunsch, daß guter Wille und ein Zusammenarbeiten von Männern aller Parteien die Spaltungen heilen und den Grund zu dauernder Verständigung legen mögen.“ Die Thronrede kündigt sodann eine Vorlage an, welche die Anleihe autorisiert, welche den Regierungen der ostafrikanischen Protektorate für gewisse dringende öffentliche Arbeiten gewährt werden sollen, ferner Verträge über die Wohnungsbeschaffung für die indische Armee und die landwirtschaftliche Bevölkerung, über die Entwicklung der nationalen Unterrichtssysteme und über die Behandlung und Verfassung jugendlicher Missetäter.

Der König fuhr vom Buckinghampalast zum Parlament in Begleitung der Königin bei prächtigem Wetter. Er eröffnete die Parlamentssession unter den üblichen einbeidenden Zeremonien und verließ die Thronrede mit klarer und fester Stimme.

Deutscher Landwirtschaftsrat.

S. u. H. Berlin, 10. Februar.

Nach der Begrüßung durch Staatssekretär Delbrück (vergl. Drahtbericht in der gestrigen Abend-Ausgabe) trat die Versammlung in die Tagesordnung ein und nahm zunächst Referate über das Thema „Die allmähliche Abstoßung der ausländischen Wanderarbeiter“ entgegen. Über das Unterthema

„Vermehrung der einheimischen Landarbeiterschaft“

sprachen Professor Dr. Gerlach (Königsberg i. Pr.) und Reichsrat Freiherr v. Thüngen-Thüngen. Die Redner legten eine Resolution vor, in der es u. a. heißt: „Die zunehmende Abhängigkeit der deutschen Landwirtschaft von ausländischen Wanderarbeitern muß wegen der mit ihr verbundenen nationalen und wirtschaftlichen Gefahr herabgemindert und allmählich beseitigt werden. Die Handelspolitik hat Landwirtschaft und Industrie gleichzeitig zu berücksichtigen; die Landwirtschaft muß auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig bleiben. Es ist eine den Bedürfnissen der Landwirtschaft in den einzelnen Gebieten entsprechende Grundbesitzverteilung zu erstreben. Die ländliche Wohlfahrtspflege im weitesten Sinne des Wortes ist auszubauen. Die elterliche Autorität ist zu stärken, besonders auch gegenüber der mißbräuchlichen Anwendung der Freizügigkeit auf jugendliche Personen. Der Geburtenrückgang ist zu bekämpfen. Für die wissenschaftliche Erforschung der Landwirtschaft und der wirtschaftlichen Verhältnisse der Landarbeiterschaft und Kleinrentenbesitzer sind Mittel bereitzustellen.“ — Als zweites Hilfsmittel bezeichnen die Referenten Professor Dr. Fischer (Dahlem) und Schurig (Stedden) die „Vorbereitung des maschinellen Landwirtschaftsbetriebes“, indem sie eine diesbezügliche Resolution vorlegen. — In der Diskussion nahmen u. a. Kammerherr v. Oldenburg (Jannschau) und Freiherr v. Wangenheim (M. Spiegel) das Wort, bei deren Ausführungen der Kronprinz (wie bereits im heutigen Morgenblatt telegraphisch gemeldet) zuhimmend mit dem Kopfe nickte, worauf er die Versammlung verließ.

Nach einer kurzen Pause referierte der Präsident Graf v. Schwerin-Schwib über

„Die Frage der landwirtschaftlichen Vorbereitung auf den Ablauf unserer Handelsverträge“.

Der Redner knüpfte an die Äußerung des Staatssekretärs des Innern an, daß die jetzigen Handelsverträge im großen und ganzen aufrechterhalten bleiben müßten und erklärte, daß

diese Stellungnahme maßgebend sei für die Stellung der deutschen Landwirtschaft zu den neuen Handelsverträgen. Es ist, so führte Graf Schwerin weiter aus, heute tatsächlich nicht mit absoluter Sicherheit zu übersehen, ob eine Kündigung der gesamten jetzigen Handelsverträge im Interesse der Landwirtschaft liegt oder nicht. Es ist nicht zu verkennen, daß bei einer vollen Neuordnung der Handelsverträge eine Gefährdung unseres Besitzstandes in größerem Maße erfolgen kann, als wenn die Handelsverträge nicht von Grund aus neu geregelt werden müßten. Im großen und ganzen werden wir ja zur Kündigung oder Nichtkündigung der Handelsverträge durch das Verhalten unserer Gegenkontrahenten bestimmt, und die Aufnahme der Erklärung des Staatssekretärs in Österreich und Ungarn scheint allerdings auf eine Kündigung zu deuten. Wir müssen uns also zu einer Neuordnung rufen, und da wird uns die Forschungsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats gute Dienste leisten. Hauptfaktisch muß aber das Verhandlungsverfahren mit den anderen Staaten gründlich geändert werden. Die Handelsverträge wurden bisher veröffentlicht, bevor sie abgeschlossen waren. Wenn dann im Reichstag die verschiedensten wirtschaftlichen Anschauungen zur Sprache kamen und vor allem der berühmte Konsumantenstandpunkt zutage trat, der sich ja gewöhnlich mit den Interessen des Auslands deckt, so wurde unseren Unterhändlern die Arbeit außerordentlich erschwert. Ich schlage vor, daß die Verhandlungen unserer Unterhändler gefördert werden durch einen Verzicht des Reichstags auf die ihm durch Artikel 11 der Reichsverfassung gewährten Rechte, wonach ein Handelsvertrag zwar vom Bundesrat abgeschlossen werden kann, zu seiner Gültigkeit aber die Genehmigung des Reichstags erforderlich ist. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist dieser Modus bereits eingeführt. Jedenfalls müssen wir uns auf wirtschaftlichem Gebiet zu einem scharfen Kampf rufen. Wir brauchen den Kampf aber nicht zu scheuen, dazu ist die Kaufkraft unseres inneren Marktes zu stark geworden. Durch keinerlei Drohungen dürfen wir uns abhalten lassen, den Grundsätzen treu zu bleiben, die uns zu nationalem Wohlstand geführt haben. (Lebhafter Beifall.) In seiner Resolution verlangte der Redner: a) Voller Marktschutz unserer gegenwärtigen Produktionsverhältnisse in allen Betriebszweigen; b) statistische Nachweise der in den einzelnen Betriebszweigen auf dem Spiel stehenden Werte; c) Prüfung und Nachweis der unter den jetzigen Vertragsbestimmungen hervorgetretenen Mängelstände. — Hofrat Stieda (Leipzig) behandelte sodann

die Zentralisation des landwirtschaftlichen und gewerblichen Arbeitsnachweises

zum gegenseitigen Ausgleich der Arbeitskräfte. Der Redner hielt öffentliche gemeinnützige Arbeitsnachweise für erforderlich und brachte einen entsprechenden Antrag ein. — Sein Korreferent war Freiherr v. Tettau-Tollz (Krapfenau). — An letzter Stelle behandelte Monomierat Sauerlich (Grodzig) die Frage: „Auf welche Weise ist eine landwirtschaftlich zweckmäßige Verwendung der steigenden Kartoffelernten sicherzustellen?“ Redner empfahl den Beitritt zu der „Gesellschaft zur Förderung des Baus und der wirtschaftlichen und zweckmäßigen Verwendung der Kartoffeln“. — Sämtliche vorgelegten Resolutionen wurden angenommen. — Die Beratungen werden morgen fortgesetzt.

Ein Festmahl des Staatsministers Delbrück im Reichstag.

Berlin, 10. Febr. Anlässlich der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats hatte gestern Staatsminister Dr. Delbrück und Frau Einladungen ergehen lassen, die eine überaus ansehnliche und außerordentlich zahlreiche Gesellschaft in den gastlichen Festräumen des Reichstags des Innern zusammenführte. Auch Abgeordnete aller bürgerlichen Parteien des Reichstags und von dem preussischen Abgeordnetenhaus waren zahlreich erschienen, an ihrer Spitze die Präsidenten Dove, Borst, v. Krause. Der Landwirtschaftsrat war durch seine Präsidenten, den Grafen Schwerin-Schwib, Freiherrn v. Götta-Reichershausen und Dr. Mehnert und eine große Anzahl seiner Mitglieder überaus zahlreich vertreten. Dazu kamen das preussische Ministerkollegium, der Bund der Landwirte und der Bauernbund sowie zahlreiche landwirtschaftliche Vereinigungen.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Kaiser nahm gestern die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts Frhrn. v. Lyncker, des Chefs des Marinekabinetts v. Müller und des Chefs des Admiralstabes der Marine v. Pohl entgegen.

Der Vortragende Rat im Reichspostamt Walter ist am 8. Februar im 64. Lebensjahre nach kurzer Krankheit gestorben.

* Die Reichstagswahl in Jerschow. Bei der gestrigen Reichstagswahl im Wahlkreis Magdeburg 3 (Jerschow 1 und Jerschow 2) erhielt der Gutbesitzer Schiele (kons.) 11 773, der Expedient Haupt (soz.) 11 683 Stimmen, der Fleischmetzger Kobselt (spl.) 8559 Stimmen. Es findet somit Stichwahl zwischen Schiele und Haupt statt. Bei der Hauptwahl 1912 erhielten Haupt (soz.) 11 982, von Thern (kons.) 8470, Mertens (spl.) 8391; bei der Stichwahl zwischen Haupt und v. Thern erhielt Haupt 15 283 und v. Thern 15 256 Stimmen. Trotz starker Beteiligung verlief diesmal der Wahlakt ohne besondere Aufregung. Die engere Wahl soll am 20. Februar stattfinden. — Der „Vorwärts“ schreibt der Sozialdemokratie schon jetzt, trotzdem noch einige Orte ausstehen, eine Zunahme von über 600 Stimmen zu und meint, mit einem solchen Erfolg habe wohl kaum jemand gerechnet. — Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt, es trete wieder aufs deutlichste hervor, daß die Bewegung nach links im Jerschow begreifen sei. Das den Konservativen günstige Wahlergebnis belohne die tüchtige Wahlarbeit gut. Man könne hoffen, daß der Konservative diesmal als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgehen werde. Freisinnige Führer hätten bereits erklärt, in der Stichwahl für ihn einzutreten zu wollen.

* Die neuen elsaß-lothringischen Bundesratsbevollmächtigten. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Durch eine Verordnung des Statthalters von Elsaß-Lothringen wurden Staatssekretär Graf v. Rödern und Unterstaatssekretär Frhr. v. Stein zu Bevollmächtigten zum Bundesrat ernannt.

* Zum ersten Auftritten der neuen elsaß-lothringischen Regierung. Wie in elsaßischen Abgeordnetenkreisen berichtet wird, hat das gestrige Auftritten der neuen Regierung während der ganzen Debatte sehr sympathisch berührt. Insbesondere wurde die Rede des Unterstaatssekretärs Frhr. von Stein mit lautem, langanhaltendem Beifall aufgenommen, da er sich in der Frage vollständig auf die Seite des Parlamentes stellte und bringende Abhilfe beim Bundesrat zu erwirken versprach.

* Der erste Statthalterball in Straßburg. Zum ersten Statthalterball in dieser Saison hatten sich im Kaiserpalast einer Einladung des Grafen und der Gräfin Wedel folgenden gestern Abend an 500 Herren mit ihren Damen eingefunden, vor allem die ersten Beamten des Landes aller Ressorts und zahlreiche Generale und Offiziere. Auch Staatssekretär Graf v. Rödern und Unterstaatssekretär Frhr. v. Stein waren anwesend.

* Seine Ernennung des Münchener Erzbischofs zum Kardinal. Die „Bayerische Staatszeitung“ meldet: Die Nachrichten von der bevorstehenden Ernennung des Erzbischofs von München zum Kardinal und die daran angeknüpften Erörterungen beruhen auf müßiger Erfindung.

* Eine Kölner Bischofskonferenz. Wie die „Köln. Volkszeitung“ erfährt, werden die Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz am 13. Februar in Köln eine Konferenz abhalten.

* Ein Gegenbesuch des Wiener Magistrats in Berlin. In der gestrigen Sitzung des Wiener Bürgerklubs brachte Bürgermeister Weiskirchner ein Schreiben des Berliner Oberbürgermeisters Wermuth zur Kenntnis, worin er unter herzlichem Dank für den überaus glänzenden Empfang, den die Stadt Wien im Frühjahr 1912 den Vertretern der Stadt Berlin bereitet, Bürgermeister und Gemeindevertretung der Stadt Wien namens des Berliner Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung zu einem Gegenbesuch in Berlin einladet. Das Schreiben wurde mit lebhaftem Beifall zur Kenntnis genommen.

* Die Landtagswahl in Lippe. Bei der gestrigen Stichwahl im 6. lippeischen Landtagswahlkreis erhielt Abgeordneter Berde (spl.) 1149, Becker (soz.) 1063 Stimmen.

* Zum Stapellauf des Dampfers „Burchard“. Auf die dem Kaiser erstattete Meldung von dem glücklichen Stapellauf des Dampfers „Johann Heinrich Burchard“ ist folgende Antwort eingegangen: „Se. Majestät den Bürgermeister Dr. Brodbeck. Herzlichen Dank für die Meldung über den Stapellauf des „Johann Heinrich Burchard“. Möge das neue Schiff den Namen des von mir so hochgeschätzten Mannes immer glücklich über das Weltmeer tragen.“

* Die Ausführungsbestimmungen im Krankenlaffenfrieden. Bei der gestrigen Besprechung zwischen den Vertretern der Ärzte und der Krankenlaffen im Reichstag des Innern über die Fassung der Ausführungsbestimmungen zum Berliner Abkommen vom 23. Dezember 1913 wurde eine Einigung erzielt.

* Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Das Bürgerparlament der Stadt Hannover beschäftigte sich am Montag mit verschiedenen sozialen Fragen und lehnte dabei

Feuilleton.

Konzert.

Gertrude Foerstel — war der „Stern“, der Glücklichsten, der dem gestrigen 8. Konzertabend im Verein der Künstler und Kunstfreunde leuchtete! Man kennt ja diese Sängerin bereits von ihrem Auftreten in einem Theater-Sinfoniekonzert und von ihrer Mitwirkung in der Wälderischen Achten Sinfonie im Kurhaus. Und wer Gertrude Foerstel kennt, der kennt auch den hohen Reiz, der von ihrem Gesange ausgeht. Sie besitzt einen wahrhaft goldenen Sopran — so rein und hellglänzend. Der Tonanschlag ist — bis auf die Mezzavoice in der höheren Lage, die nicht immer ganz mühelos erklingt — von musterbildender Freiheit, Reichlichkeit und Natürlichkeit: ein wirkliches „Spinnen“ des Tones; die Kunst des An- und Abklingens, des Portamentos, der Atemtechnik ist vollendet ausgebildet. Und so darf hier bei dem süßen Wohlklang dieser leicht-timbrierten, schmelzenden Stimme wohl von einem erreichten Ideal des Tones gesprochen werden. Wer — sagt schon Aristoteles — „das Herz habe auch seinen Anteil an Töne“. Nun, auch nach dieser Seite hin hat die Künstlerin gestern nicht versagt; denn sie kennt genau die Grenzen ihrer Natur: wenn ihre Stimme auch den Ausdruck heiferen Affekts nicht ganz abzugeben braucht, so ist sie doch für die Darlegung jarten, ungebrochenen Gefühls, für Innigkeit und Schwärmerel, für liebenswürdigsten oder schelmischen Humor in erster Linie geschaffen. Daraufhin war das Programm angelegt; und da überdies in Herrn Professor Wagners ein anerkannter Meister des Klavier-Akkompagnements zur Stelle war, so gelangten die Vorträge nicht wenig genussvoll.

1. Arie der Susanne aus „Figaros Hochzeit“ von Mozart. Über die Auffassung läßt sich streiten. Ein Vergleich mit dem italienischen Originaltext würde für einen mehr zierlichen, feineren Vortrag entscheiden, wie er dem leichtfertigen, coulanten Charakter der Susanne entspricht. Drahtisches Beispiel: wo unsere deutschen Susannen mit frommem Augenblick singen: „Stille der Nacht beschützt uns“ — meint die Original-Susanne mit listigem Augenwinkeln: „come la notte i miei furti seconda“; also dem Sinne nach: wie doch die Nacht meine kleinen Spitzbübereien begünstigt; oder kurz gesagt: „Im Dunkeln ist gut munter!“ Die gefangliche Ausführung betreffend, so erhielten die melodischen Phrasen durch das Fortklingen der dem Mozartstil zukommlichen „langen Vorschläge“ etwas Steifes. Ist die Sängerin so sehr Puristin, daß sie nur singt, was Mozart tatsächlich in Noten vorschrieb (was bei jenen „Vorschlägen“ nicht geschah), so dürfte sie auch keine Schlüsselsätze einlegen. Und das wäre schade gewesen, denn gerade diese sang sie mit echt mozartlicher Schönheit.

2. Lieder von Brahms. Mit reichem Musikgefühl und Empfinden gesungen. Das zauberhafte letzte Verhallen des Tones in einem Lied immer schöner wie im anderen. Die reine und laute Poesie in Schumanns „Mondnacht“ kam nicht ganz zum Ausdruck; die „Aufträge“ — allerliebst gewöhnlich, doch in der Wirkung ein wenig manieriert.

3. Lieder von Hugo Wolf und M. Reger — überall ein sicheres Anschlagen des jeweiligen Gefühlsgehaltes und zugleich die subtilste Nachzeichnung der gefanglichen Deklamation; wobei mit feinem Takt die Grenzen wohlklingender Klangschönheit innegehalten wurden.

4. Zwei neue Lieder von J. Marx. Sehr fein differenzierte Stimmungsmalereien, die sich im Vortrag mit höchster Geschmeidigkeit abspiegelten. 5. Fühners „Die Wasserflut

lichter leih“ — mit entzückender Frische, Wärme und Lebendigkeit gegeben. (Herrn Mannheims „plätschernde“ Begleitung half hier den Sieg vollenden!) Rich. Strauß' „Morgen“ strahlte feilsche Wärme; in „Aling“ hob sich der Gesang zu hellfreudigstem Jubelieren! Und das Publikum jubelte der Sängerin nicht minder freudig seinen Dank entgegen. O. D.

Aus Kunst und Leben.

Theater und Literatur. In Berlin ist im 83. Lebensjahre der frühere Verlagsbuchhändler und Begründer der bekannten Reichsbücher Theobald Grieben verstorben.

Im Rainer Stadttheater erglitzte Gustaf Stein, ein bisher unbekannter Autor im Reiche Italiens, gestern mit seinem Einakter „Zwei gefährliche Mitter“ bei der Uraufführung starken Erfolg.

Silbende Kunst und Musik. Direktor Pauli von der Bremer Kunsthalle ist die Nachfolge Richardts unter glänzenden Bedingungen angeboten worden. Pauli dürfte das Angebot annehmen.

Wissenschaft und Technik. In Straßburg ist zum Rektor der Universität für das am 1. Mai beginnende Studienjahr der Professor der medizinischen Fakultät Dr. Chaz gewählt worden. Früher in Prag wirkend, vertritt er seit einem Jahrzehnt das Fach der pathologischen Anatomie. In Berlin brachte die Feier des 90. Geburtstages gestern dem als Naturforscher weitbekannten Geheimrat Gustav Schödo große Ehren. H. a. erhielt er im Auftrag des Kaisers den Orden Adlerorden vierter Klasse. Die „New York Times“ meldet, daß der anonyme Stifter von 50 000 Dollar für die antarktische Expedition Shackletons der bekannte amerikanische Autor und Romanchriftsteller Sir J. M. Barrie ist.

eine Arbeitslosenunterstützung ab, erklärte sich dagegen bereit, für die Beschäftigung von Arbeitslosen und für die Gewährung von Frührenten und Mitteln an Schuldner größere Beträge bereitzustellen sowie ferner die Errichtung eines zweiten Waisenhauses für Obdachlose zu beschließen.

* Der Bescheid des „Berliner Lokal-Anzeigers“. Zu den Käufern des Scherischen Verlags gehören nach dem „Finanz-Herald“ die Großindustriellen Daniel, vom Rat und Bräunung von den Höchster Farbwerken, sowie Böttger von den Elberfelder Farbenfabriken. An der Spitze des Konjunktums befindet sich bekanntlich Geheimrat Regierungsrat Dr. v. Krüger.

Rechtspflege und Verwaltung.

Prinz Walbemar von Preußen, der älteste Sohn des Prinzen Heinrich, der seit April vorigen Jahres zuerst bei der königlichen Regierung in Hannover und augenblicklich beim Landratsamt als Referendar beschäftigt ist, wird am 1. April in das Landratsamt des Kreises Springe übertritten.

— Polizeiverordnungen. Die zuständigen Ressorts in Preußen haben eine fortlaufende genaue Kontrolle der für ungültig erklärten Polizeiverordnungen angeordnet. Zu diesem Zweck sollen alljährlich besondere Zusammenstellungen vorgelegt werden.

Parlamentarisches.

Die Beratung des Marineetats in der Budgetkommission. In der Budgetkommission des Reichstags beantragte gestern bei der Beratung des Marineetats der Berichterstatter die mit dem Budgetrecht unvereinbare Befolgung von Beamten aus den Mitteln für Neubauten. Der Staatssekretär sagte für das nächste Jahr eine Denkschrift über die oberen und mittleren Beamten zu. Bei den Neubauten handele es sich nur um Ausfüllungsarbeiten. Die Beanstandungen würden Berücksichtigung finden. Ein Volksparteiler behauptete die ablehnende Haltung gegenüber den Beamtenwünschen auf Durcharbeitungszeit und forberte die Neuregelung der Dienstverhältnisse der Diplomingenieure. Ein Sozialdemokrat beantragte die Streichung der Stellen eines Rats und eines Betriebsdirektors und von 39 Werkführern. Es wurden 30 Werkführer bewilligt, die beiden anderen Stellen gestrichen. Ein Zentrumsmittglied wendet sich gegen den wachsenden Beamtenapparat. Die Kommission sei den bisherigen Wünschen zu sehr zugänglich gewesen. Sie sei geradezu zu einer Kommission für die Vermehrung der Reichsausgaben geworden. Die Hälfte der neu geforderten Stellen für das Hilfspersonal der Werften wurde gestrichen. Die Forderungen für die Instandhaltung der Schiffe betragen 28 Millionen Mark mehr als im Vorjahre. Der Staatssekretär teilt mit, daß der bisherige Prozentfuß für Reparaturen mit 1,6 Prozent des Wertes der Flotte nicht hoch genug veranschlagt sei. Die Kommission stimmt der Ansicht des Staatssekretärs zu, Reparaturen im wesentlichen nur auf den kaiserlichen Werften ausführen zu lassen. Bei dem Kapitel „Waffen und Befestigungen“ klagte ein Volksparteiler über die Beeinträchtigung der Kieler Rüsterei durch die Marine und forberte Erhöhung des Unterhaltungsfonds. Der Staatssekretär erwiderte, der Fonds sei ja schon um 30 000 M. erhöht, im allgemeinen habe die Rüsterei auf der Kieler Förde trotz der Störungen nicht ab-, sondern zugenommen. Mittwoch: Weiterberatung.

Eine sozialdemokratische Anfrage, betr. Errichtung eines pädagogischen Zentralinstituts. Der Abgeordnete Schulz-Erfurt (Soz.) hat an den Reichstagskanzler folgende Anfrage gerichtet: In einer Versammlung des Berliner Pädologenvereins im Dezember 1913 teilte der preussische Ministerpräsident Direktor von Bremen mit, daß bald ein pädagogisches Zentralinstitut errichtet werden solle. Wann der Reichstagskanzler darüber Auskunft geben, ob es sich bei dem Plan um eine Zentralstelle für Preußen oder um ein pädagogisches Zentralinstitut für das Deutsche Reich handelt?

Ein konservativer Antrag, betr. Stimmkreisänderungen. Die Abgeordneten Schulz-Bromberg (Npt.) und Graf Westarp (Kons.) und Genossen haben im Reichstag folgenden Änderungsantrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, entgegen dem Antrag der Kommission für den Reichshaushaltsetat das Kapitel 85, Titel 381, der fortwährenden Ausgaben: außerordentliche und unvorhergesehene Zulagen für die in der Provinz Posen und den gemischtsprachigen Kreisen der Provinz Westpreußen angestellten mittleren Angestellten und Unterbeamten (1200 000 M.), nach der Regierungsvorlage wiederherzustellen.

Die Frage des militärischen Waffengebrauchs. Die Reichstagskommission zur Beratung der Frage des militärischen Waffengebrauchs wird am Dienstag kommender Woche zu ihrer ersten Sitzung zusammentreten.

Beratung der Ersten kaiserlichen Kammer. Die Erste Kammer nahm sämtliche Anträge des Ausschusses, also auch denjenigen, welcher sich gegen die Annahme des Beschlusses der Zweiten Kammer bezüglich der Lehrerbefolgung erklärt, an und vertagte sich darauf bis Ende des Monats.

Deutsche Schutzgebiete.

Abschluß der Grenzarbeiten in Kamerun. Major Zimmermann von der kameruner Schutztruppe, der Leiter der deutsch-französischen Grenzregulierung, ist in Deutschland eingetroffen. Die Feststellung der deutsch-französischen Grenze in Neu-Kamerun ist zum Abschluß gebracht; es steht nur noch die endgültige Vereinbarung der Regierungen aus. Wann Major Zimmermann in das Schutzgebiet zurückkehrt, steht einstweilen noch nicht fest.

Ausland.

Frankreich.

Caillaux über die Vermögenssteuer. Paris, 10. Febr. (Senat.) Finanzminister Caillaux erklärte, die Kommission will einen Sprung ins Dunkle tun. Es ist berechtigt, von demjenigen, der die dreiviertel des nationalen Vermögens in Händen haben, Opfer zu verlangen. Sie sind weniger besteuert als der kleine Mann. Es ist unangenehm notwendig, daß das Vordere aufhört. Eine einfache Umwandlung der Personal- und Immobiliensteuer ist unzureichend. Das französische Fiskalsystem entspricht nicht mehr den Anforderungen der Gegenwart. Am Schlusse forderte Caillaux den Senat auf, sich dem System der Kamern zu nähern und nicht den von der Kommission eingeschlagenen Weg zu betreten, den er für schwer gangbar halte. Der Senat möge freimütig den Weg einschlagen, der zu einem fiskalischen System führe, das für den Staats-

schatz ergiebiger und auch für die Steuerzahler gerechter sei.

Ein englisches Geschwader in Cherbourg. Cherbourg, 10. Febr. Ein englisches Geschwader ist auf der hiesigen Reede eingetroffen. Der Kommandant machte auf dem Lande die üblichen Besuche.

Portugal.

Das neue Ministerium vor dem Parlamente. Lissabon, 10. Febr. Ministerpräsident Machado stellte heute in der Kammer die neuen Minister vor und verlas das Programm des neuen Kabinetts. Es enthält eine Amnestie insbesondere für politische Vergehen und eine Revision des Trennungsgesetzes. Die Verwaltung soll im Sinne einer Verhütung der Parteileidenenschaft gehandhabt werden. Alexander Braga, der Führer der Demokraten, bot der Regierung seine volle Unterstützung an. Camacho, der Führer der Unionisten, erklärte, daß seine Partei der Regierung jede Unterstützung gewähren werde, die sie verdiene; d'Almeida, der Führer der Evolutionisten, sagte, daß seine Partei sich nach der Regierung richten werde.

Italien.

Der Prinz zu Wied in Rom. Rom, 10. Febr. Der Prinz zu Wied hatte heute mittag in der Consulta mit San Giuliano eine zweite längere Unterredung, an welcher auch der Generalsekretär des Ministeriums des Innern de Martino und Baron Alotti, der für den Posten des italienischen Gesandten in Albanien in Aussicht genommen ist, teilnahmen. Von der Consulta begab sich der Prinz in den Palazzo Braschi zum Besuche des Ministerpräsidenten Giolitti. — Der König hat dem Prinzen das Großkreuz des Ordens vom Heiligen Mauritius Lazarus verliehen. (Vergl. „Rechte Drahtberichte“.)

Rußland.

Das Antialkoholgesetz. Petersburg, 10. Febr. Der Reichsrat hat bei Beratung des Antialkoholgesetzes beschlossen, gewöhnlicher Branntwein solle minimal 37, rektifizierter 40 und Spiritus 55 Grad Alkohol enthalten.

Eine parlamentarische Anfrage über die Putilowwerke. Petersburg, 10. Febr. In der Reichsduma brachten die Nationalisten eine Interpellation an den Kriegsminister und den Marineminister ein, in der sie anfragten, ob die Meldungen der Presse wahr sind, daß sich unter den Angestellten der Putilowwerke eine große Anzahl von Deutschen befindet.

Rumänien.

Ein politisches Frühstück. Bukarest, 10. Febr. Im königspalast fand heute ein Frühstück statt, an dem der griechische Kronprinz, Benizelos und Paschitsch teilnahmen. Paschitsch, der gestern vom König in Audienz empfangen wurde, reist heute abend mit Benizelos nach Belgrad ab.

Vom neuen Balkanbund. Paris, 11. Febr. Der „Petit Parisien“ erklärt, aus guter Quelle erfahren zu haben, daß zwischen Griechenland, Serbien und Rumänien zwar kein formelles Bündnis bestehe, daß aber die Beziehungen zwischen den drei Staaten sehr eng seien. Einen Beweis für die Solidarität dieses Verbändnisses habe die rumänische Regierung erst kürzlich geliefert, indem sie der türkischen Regierung zur Mäßigung geraten habe. Sie habe die Türkei zugleich aufgefordert, kriegerische Absichten fallen zu lassen und sie wissen lassen, daß im Kriegsfall Rumänien auf die Seite Griechenlands treten würde.

Albanien.

v. Trotha in Durazzo eingetroffen. Durazzo, 10. Febr. Der Hausmarschall des Prinzen zu Wied Hauptmann von Trotha ist mit dem Leibzug nach Durazzo gekommen und einem Teile des Hofdienstes hier eingetroffen.

Asien.

Ministerwechsel in China. Peking, 10. Febr. Hsiung-fang ist nun definitiv von seinem Posten als Finanzminister zurückgetreten, er bleibt aber vorläufig noch Premierminister. Der bisherige Verkehrsminister Chouhchi ist zum stellvertretenden Finanzminister und der bisherige Minister des Innern Chuchichien zum stellvertretenden Verkehrsminister ernannt worden.

Japan.

Unruhen in Tokio. Tokio, 10. Febr. Das von der Opposition der Kammer eingebrachte Mithrasvotum wurde mit 205 gegen 163 Stimmen abgelehnt. Während der Debatte kam es zwischen Mitgliedern der die Regierung unterstützenden Seihokuwaipartei und den Mitgliedern der nationalistischen Kokumintopartei zu einem Handgemenge. Der der Kokumintopartei angehörende Abgeordnete Jio wurde heftig hinausgeworfen. — Am 9. Febr. wurde heute morgen eine gegen die Regierung gerichtete Massenversammlung abgehalten. In der Nähe des Parlaments und des Marineministeriums hatten sich große Menschenmengen gesammelt. Heute nachmittag brang die vor dem Parlament versammelte Menge, als ihr die Ablehnung des Mithrasvotums mitgeteilt wurde, in die Höfe des Parlaments ein und versuchte die Türen zu sprengen. Gegen Abend Helgerten sich die Tumulte. 3000 Polizeimannschaften in Zivil sind mobilisiert und bemüht, die Gefahr nützlicher Unruhen abzuwenden. Als gegen Abend die Erregung zunahm, befehden die Truppen die Stellen, welche die wichtigsten Punkte beherrschen. Die Volksmenge wandte sich gegen die Redaktion der Zeitung „Chuo“, des Organs der Regierungspartei. Hier kam es zu dem ersten Zusammenstoß mit der Polizei; vier Personen wurden durch Säbelhiebe verletzt. Das militärische Aufgebot und die einschüchternde Haltung der Polizei in Verbindung mit der starken Kälte dämpften die Erregung und bewirkten, daß die Menge sich gegen 10 Uhr abends zerstreute. Bei Anbruch der Nacht wurden Truppen aufgestellt, um jeden weiteren Versuch des Aufsturus zu unterdrücken. Es besteht Aussicht auf Besserung der Lage. (Vergl. „Rechte Drahtberichte“.)

Nordamerika.

Eine neue Friedensstiftung Carnegies. New York, 10. Febr. Carnegie hat seine zehn-Millionen-Friedensstiftung durch eine Stiftung von zwei Millionen Dollar ergänzt, um die Sache des Friedens durch die Kirchen der verschiedenen Bekenntnisse zu fördern. Ein Teil der Zinsen soll der Friedensliga der deutsch-englischen Geistlichen zugewendet werden.

Luftfahrt.

Ein neuer Welthöhenrekord. Buenos Aires, 10. Febr. Der argentinische Flieger Newbery hat auf einem Morano-Eindecker mit 6275 Meter Höhe einen neuen Weltrekord aufgestellt.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Moderne Bibelabende.

Aber die Bedeutung des Karfreitags für das Christentum unserer Tage sprach im zweiten Bibelabend Pfarrer Deesenmeyer. Nicht das Wort Jesu, so etwa begann der Redner seinen Vortrag, hat dem Christentum die Welt erobert, sondern die Predigt der Tat, das Opfer des Kreuzes und die Kunde von der Hingabe des Einen für die ganze Menschheit. Zweimal nur hat Jesus selbst über die erlösende Kraft seines Todes geredet, er nennt die Hingabe seines Lebens ein Lösegeld für viele und bezeichnet sie so als freiwillige Liebestat, er spricht ferner in den Einsetzungsworten des Abendmahls von seinem Blut, das zur Vergebung der Sünden für viele vergossen wird. Nirgends aber hat er ein Dogma über diese geheimnisvolle Kraft verkündet, deren Wirkung wir nicht mehr als magische, Körperlich wirkende verstehen, sondern als eine Erlösung im sittlich-religiösen Sinne. Paulus nun beginnt über diese Erlösungstat, die ihm Mittelpunkt des Christentums geworden ist, zu reflektieren, immer sucht er neue Lösungen zu finden für das Rätsel, warum der Unschuldige sterben mußte für die Schuldigen. Im Bild eines Rechts Handels erscheint ihm im Römerbrief dieser Vorgang: Gott der Richter, der Mensch als Angeklagter, für den dann Christus als der zweite Adam eintritt und den unverbundenen Freispruch bewirkt. Stärker aber wird im 2. Korintherbrief der sittlich-religiöse Gehalt des Erlösungsgedankens betont: die Lebenden sollen nicht mehr für sich selbst leben, sondern für den, der für sie starb. Auf der paulinischen Gedankensreihe aber beruht die dogmatische Formulierung der Erlösungslehre. So hat Anselm v. Canterbury die kirchliche Satisfaktionstheorie festgelegt, wie Christus Gott an Stelle der sündigen Menschheit Genugtuung leistet, zugleich aber durch seinen Tod ein unendliches Verdienst erwirbt, das durch Vermittlung des Priesters den Gläubigen zugute kommt, eine Lehre, auf die mittelalterliche Erbschmerz und germanische Rechtsvorstellungen vom Borgeid Einfluß hatten. Jenes überfließende Verdienst konnte Luther nicht anerkennen, er ging wieder mehr auf den Römerbrief zurück: Christus hat die Sünden der Menschheit getilgt, ihre Strafen auf sich genommen, auch die in der Hölle. Zu einem mächtigen Gedankengebäude hat dann die lutherische Rechtfertigungslehre diese Lehren ausgebildet; wir bewundern es, aber wir müssen den Mut haben, die Not unserer Zeit zu verstehen und neue Formen für den ewigen Gehalt dieses Opfertodes suchen. Wir können diesen Tod nicht verstehen in solcher Isolierung, uns ist er nicht zu trennen vom Leben des Heilands, das wieder in seinem Leiden ohne diesen Tod nicht zu denken ist, das ebenso erlöst wie der Tod. Die ganze Persönlichkeit Jesu besitzt die erlösende Kraft. So wollen wir nichts wissen von einer Bluthologie, die gerade Blut und Wunden eine magische Bedeutung beilegt, auch wenn sie sich findet in mancherlei „kräftigen“ Stellen der Apokalypse oder in heidnischen alten Kirchenliedern oder in der süßlichen Schwärmerei der Herrnhuter. Auch der Opferbegriff ist ein anderer geworden, der einer sittlichen Tat, die nicht dem zürnenden Gott gilt, sondern der leidenden Menschheit. Nicht mehr im juristischen Sinne denken wir uns diese Tat, sondern im ethischen. Wie es so den Menschen unserer Zeit möglich ist, nichts von dem reichen Gefühlsinhalt der christlichen Vergangenheit verloren geben zu lassen und doch alles innerlicher zu fassen, entsprechend den Voraussetzungen unseres Denkens und Fühlens, zeigte der letzte Teil des Vortrags. Nicht ein bloßer Märtyrertod ist uns Jesu Ende, wie der Nationalismus es auffaßt, nicht pflichtgemäßes Handeln, sondern freiwillige Liebestat, die dem uralten Gesetz gehorcht, daß alles Große in der Welt lebt vom Tod des Gerechten. Etwas, was immer da war, erleben wir hier: nicht Schlichtigkeit und Mäßigkeit bereitet Jesus den Untergang, sondern Pflichtgefühl und religiöse Beschränktheit. In den Gedanken der Stellvertretung aber liegt eine tiefe Wahrheit, nur daß diese Stellvertretung uns nicht die sittlichen Kämpfe erspart, sondern erst recht unsere treue Hingabe an das Gute fordert. Auch dieser lebendige Vortrag gab den Hörern, die sehr zahlreich erschienen waren, mannigfache Anregung zu nachdenklicher Erwägung und Selbstbefinnung mit.

Die Wetterlage.

Der über dem südlichen Europa liegende hohe Luftdruck setzte bisher den vom Ozean herannahenden Tiefdruckwirbeln einen unerwartenden Widerstand entgegen. Auf der Vorderseite des tiefen Drucks wehten meist schwache südliche bis südöstliche Winde, die uns in den letzten Tagen bei heiterem Himmel tagsüber recht hohe Temperaturen brachten. Heute zeigt die Luftdruckverteilung im Nordwesten zwischen den Britischen Inseln und Island eine kräftige Depression, unter deren Einfluß von gestern zu heute Bewölkung eintrat. Diese Depression scheint nach Nordosten abzugleiten, doch dürfte sie noch einige Tage das Wetter bestimmen. Wir hatten bereits Ende Dezember einen kalten Januar und einen noch relativ kälteren Februar prognostiziert. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Ende dieser oder Anfang nächster Woche eine Periode intensiver Kälte einsetzt wird. Nun lafen wir heute, daß die zu erwartende Kälte „wellenartig“ von Amerika zu uns herüberkomme. Schon im letzten Sommer hatten wir darauf hingewiesen, daß es Wärme, bezw. Kälteperioden im eigentlichen Sinne des Wortes nicht gibt. Ein innerer Zusammenhang existiert jedoch zwischen der in Amerika und Europa herrschenden Witterung. In der zweiten Hälfte des Winters verlagert sich hoher Druck aus den Subtropen nordwärts. Dadurch werden die Kontinentalen, durch die Kälte des Landes erzeugten Hochdruckgebiete im Inneren Asiens und auf dem amerikanischen Festland bedeutend verstärkt und entwielden sich zu großer vertikaler und horizontaler Ausdehnung. In ihrem Gebiet herrscht große Kälte und die aus ihnen herauswehenden Winde tragen die kalte Luft bis zu den Grenzen des Kontinents. Während also an der Ostküste Amerikas die Kälte von Westen herbeigeführt wird, kommt sie bei uns aus östlicher Richtung. Die jetzt in Aussicht stehende Kälteperiode dauert voraussichtlich bis etwa zum 15. Februar oder gar bis in den Anfang des März hinein. Die niedrigsten Temperaturgrade haben wir um den 23. Februar zu erwarten. A. S.

— **Todesfall.** Gestern Abend starb der Veteran, Landwirt Philipp Schumann, 77. nach längerem Kranksein im 68. Lebensjahr. Er hatte hier bei den Ahtzigern gedient und den Feldzug von 1870/71 mitgemacht.

— **Unterhaltungsspiele im Kurhaus.** Vom 1. April ab werden im hiesigen Kurhaus die Unterhaltungsspiele eingeführt, wie sie in anderen Kurorten bereits bestehen: Das bekannte Pferdchenspiel und die holländischen Kreiselspiele. Die Spielgeräte werden zunächst im Konversationszimmer aufgestellt, späterhin im kleinen Saal.

— **Arbeitslosenversicherung.** Vertreter der Christlichen und der freien Gewerkschaften hatten mit der von der Stadt Wiesbaden eingesetzten Kommission eine Beratung wegen einer eventuell in Wiesbaden einzuführenden Arbeitslosenversicherung. Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften sprachen sich für das Gent-Offenbacher-System aus, während die freien dem reinen Gent-System das Wort redeten. Nach eingehender Debatte einigte man sich dahin, das sogenannte „Köln-System“ mit Abänderungen dem Magistrat in Vorschlag zu bringen.

— **Lehrergehälter.** Zu dieser Frage wird uns geschrieben: „Die politische und besonders die pädagogische Presse bringt in letzter Zeit häufig Mitteilungen über Aufbesserung der Lehrergehälter. So konnte man z. B. lesen, daß Mannheim das Endgehalt der Lehrer auf 5300 M. und Ludwigshafen auf 5100 M. festgesetzt habe. Offensichtlich wird die reiche Kurstadt Wiesbaden, welche weit hinter diesen Bezügen zurückbleibt, nun auch eine entsprechende Normierung der Lehrergehälter vornehmen, um so mehr, als hier noch 300 M. an der in Preußen bestimmten Höchstgrenze fehlen.“

— **Kindesmord?** Die Mutter des Kindes, das in der Wägenstraße in einer Schürze eingewickelt tot aufgefunden wurde, ist der 17 Jahre alte Fürstengedöhl Emilie Hed von Mittelhausen. Das Kind, von dem man noch nicht weiß, ob es ein Knabe oder ein Mädchen war, wurde am 6. Februar geboren. Die Hed hatte wohl am Krankenhaus die Klingel gezogen, ist dann aber wieder fortgegangen. Ob sie sich verborgen hält oder sich ein Leid angetan hat, steht noch nicht fest.

— **Diebstahl.** Ein Brandweinfaß ist Ende Januar am Bahnhof gestohlen worden. Das Faß enthielt 61 Liter und trägt die Bezeichnung J. H. K. 7 Nr. 804.

— **Meine Notizen.** Zum Preismaskenball des „Deutschen Kellnerbundes“, Bezirksverein Wiesbaden, am 19. Februar in der „Waldhalle“ sind die Preise im Schaufenster des Herren-Konfektionsgeschäfts von Dr. Wandt in der Kirchgasse ausgestellt.

— **Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.** * **Kellner-Theater.** Am Freitag findet eine Wiederholung des großen Schauspiels „Die spanische Fliege“ statt. Die Aufführung von „Himmelskinder“ durch das hiesige Operettenpersonal ist in die nächste Woche verlegt worden.

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsversammlungen.

* Der „Verein pensionierter Deutscher Reichs- und Staatsbeamten“ hält Freitag, den 13. d. M., abends 7 Uhr, in der „Wartburg“ seine Generalversammlung ab.

* Am Samstag, den 14. Februar, findet im Kurtheater (Waldhalle) der beliebte Preismaskenball des „Quartett-Vereins“ statt. Unter anderem wird Onkel Banto aus Bakuma sensationelle Neuheiten vorführen.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

— **Wiedrich, 11. Febr.** Unter zahlreicher Anteilnahme fand gestern die Beerdigung des Rentners und früheren Stadtverordneten Schürmann statt. Am Trauergelände nahmen auch zahlreiche Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung teil. Die Grabrede hielt Herr Gerbert, der des arbeitsreichen Lebenswandels des Verstorbenen gedachte. Am Grab legten Kränze nieder u. a. der Mitinhaber der Firma Schürmann u. Co., Herr Diebel (Frankfurt), zugleich auch im Namen der Niederländischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, sowie Kaufmann Rose für den fern in Kamerun als Regierungsrat weilenden Sohn des Verstorbenen, und weiterhin im Namen der Beamten der Firma Schürmann u. Co. in Wiedrich, Frankfurt und Düsseldorf.

Aus der Umgebung.

Der beabsichtigte Aufenthalt des Kaiserpaars in Homburg. r. Bad Homburg, 11. Febr. Die Kaiserin trifft bereits am 23. März zu mehrtägigem Aufenthalt in Bad Homburg ein. Über einen Besuch des Kaisers im Homburger Schloß verlautet noch nichts Bestimmtes, jedoch scheint es nach hier verbreiteten Gerüchten nicht ausgeschlossen zu sein, daß der Kaiser die beabsichtigte Kurfürstliche Reise aufgibt und ebenfalls rechtzeitig eintrifft. Die Renovierungsarbeiten am königl. Schloß werden beschleunigt.

wh. Bad Orb, 11. Febr. An den Folgen eines Magenleidens verstarb in der Universitätsklinik in Gießen der Kommandant des Truppenübungsplatzes des 11. Armee-Korps Oberst Lehmann.

Gerichtssaal.

Ein Unfall im Wiesbadener Kurhaus.

sk. Leipzig, 10. Febr. Der Kaufmann Korn aus Saarbrücken, der am 7. April 1912 auf dem Weg von der Wandelhalle des Kurhauses in Wiesbaden bis zu den Restaurationsräumen ausgeglitten war und ein Bein brach, machte die Stadtgemeinde Wiesbaden als Verräterin des Kurhauses für den Schaden verantwortlich, indem er geltend machte, der 1/2 Meter breite Gänger genüge nicht, um bei starkem Andrang ein gefahrloses Begehen des glatten Marmorbodens zu sichern. Die Stadt treffe daher ein Verschulden an seinem Unfall. Das Landgericht in Wiesbaden wies seine Klage ab, das Oberlandesgericht dagegen erkannte seinen Anspruch als dem Grunde nach gerechtfertigt an. Das Reichsgericht hat jetzt die Revision der Stadtgemeinde Wiesbaden zurückgewiesen.

Neues aus aller Welt.

Erdbeben. New York, 10. Febr. In einem Teile von New York und von Brooklyn wurde heute ein leichtes Erdbeben verspürt. — Ottawa, 10. Febr. Im nördlichen Kanada sind heute um 1 Uhr 30 Min nachmittags schwere Erdbeben verspürt worden.

Natürliche Ermordung eines jüdischen Knaben. New York, 11. Febr. Im Zusammenhang mit dem rätselhaften Mord in Boston, wo man den jüdischen Knaben Josef Rakow mit 13 Stichwunden am Halse aufgefunden hatte, ist heute der

Vater des Ermordeten und dessen Kommiss verhaftet worden. Der Leichnam des Knaben wurde ausgegraben und zwecks gerichtlicher Untersuchung nach New geschickt.

Explosion einer Dynamitniederlage. Oruro (Bolivien), 10. Febr. Eine Dynamitniederlage in einer Zinnfabrik in Oruro hat heute morgen explodiert. Mehrere Personen sind getötet und eine Anzahl verwundet worden. Auch in der Stadt ist beträchtlicher Schaden angerichtet worden.

Im Alter von 102 Jahren gestorben. Woldenberg in der Mark, 11. Febr. Der starb der Vätermeister Brunel im Alter von 102 Jahren. Er war bei seinem 100. Geburtstag noch recht rüstig.

Eiserne Hochzeit. Neubrandenburg in der Mark, 11. Febr. Ihre eiserne Hochzeit feierten gestern die Eheleute Dittmann. Beide werden 80 Jahre alt.

Die Überschwemmungen im Rheingebiet. Königsberg, 10. Febr. Zu den Überschwemmungen im Rheingebiet wird von maßgebender Stelle mitgeteilt, daß die Hochwasser, die Hauptursache der Überschwemmungen, vorläufig noch nicht beseitigt ist. Pionierkommandos arbeiten fortgesetzt daran, die Bewohner und das Vieh aus den durch das Wasser abgeschnittenen Ortschaften in Sicherheit zu bringen. Zur Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten mit Lebensmitteln und sonstigem Bedarf ist eine vom wasserländischen Provinzverein in Schiedelburg eingeleitete Hilfsaktion im Gange. Die augenblickliche Not ist groß. Der Schaden an Gebäuden, Vieh und Gut ist unüberschaubar und wird sich voraussichtlich auf viele Hunderttausende belaufen. Die öffentlichen Sammlungen der Provinzialhilfskomitees werden fortgesetzt. Bis heute wurden durch die Pioniere etwa 300 Menschen aus Lebensgefahr gerettet und etwa 150 Ställe sich geborgen. Bisher sind die Pioniere damit beschäftigt, 1500 Menschen, die durch das Rheis vom Land abgeschnitten sind, Lebensmittel auszuführen. Die Wasserstände im Rheingebiet sind etwas gefallen. Es besteht keine besondere Gefahr für die überschwemmten Ortschaften. Solche würde aber eintreten, falls durch steigendes Wasser die in Schmalenburger bei Magunt bestehende Eisbrücke zerstört wird, bevor die Mündungen des Rheins vom Eis befreit sind.

Ein Wagen mit Schulkindern von einem Zuge überfahren. Budapest, 11. Febr. Bei Karasommar überfuhr ein Personenzug bei diesem Unfall einen Wagen mit Schulkindern, die nach Verles zur Schule gefahren wurden. Drei Kinder wurden auf der Stelle getötet, sechs lebensgefährlich verletzt. Ein Kind konnte noch rechtzeitig abbringen. Der Aufseher erhielt gleichfalls schwere Verletzungen.

Eine Leichenhalle. Petersburg, 10. Febr. In Loda wurde eine Leichenhalle entdeckt, in die deutsche Frauen und Gouvernanten geschickt und dann nachdem man ihnen Gewalt angetan, in das Ausland verkauft wurden. Der Besitzer des Hauses wurde verhaftet, ebenso der mehrfache Millionär Weismann aus einem Vorort von Moskau, der den ganzen Leichenhandel leitete. Das Gericht lebte es ab. Weismann wegen einer Forderung von einer Million Rubel auf freiem Fuß zu lassen, weil man seine Flucht befürchtete.

Der Tiger ist tot! Brüssel, 11. Febr. Das Erscheinen eines Tigers verurteilte gestern einen ganzen Stadtteil in Brüssel in die alarmierte Aufregung. In dem Vorort Jodels fand sich seit einiger Zeit eine Menagerie. Als gestern Angehörige derselben die Maultiere hüten wollten, entwich ein riesiger Königstiger aus einem der Käfige, ohne daß es jemand bemerkt hatte. Das Maultier erschien plötzlich auf dem Marktplatz von Jodels, wo er abgefangen wurde. Auf Schritt er bis in die Mitte des Marktes, wo er sich nach allen Seiten umschau. Frauen und Kinder erlitten beim Anblick des Tieres die größte Panik. Alles blieb in wilder Flucht auseinander. Der Tiger, der nicht die geringsten Angstgefühle zeigte, ging majestätisch Schritt für Schritt über den Platz in einen Tabakladen, wo er sich zum ersten Schreden der Verkäuferinnen hinter den Tresen versteckte. Er war im Begriff einzuschlafen, als zwei Männer der Menagerie auf dem Platz erschienen und ihn in einen eisenen Leinwandkasten schleppten. Kurz darauf erschien auch ein ganzes Heer von Polizisten mit Revolvern und Taschenlampen bewaffnet, jedoch zu spät, denn die Bestie war bereits hinter Schloß und Riegel.

Explosion einer Mine mit Sprengstoffen. Paris, 11. Febr. In Belleville bei Montmartre entstand in der Wohnung eines französischen Grubenarbeiters, der in Gegenwart seiner Arbeitskollegen eine Mine mit Sprengstoffen öffnete, eine Explosion, durch die sechs Personen, darunter zwei Kinder in zartem Alter, schwer verletzt wurden.

Letzte Drahtberichte.

Die Dauerrede des 10-Gebote-Hoffmann.

S. Berlin, 11. Febr. (Eig. Drahtbericht) Im Abgeordnetenhaus hat sich gestern ein Zwischenfall abgespielt, der in diesem Parlament unseres Wissens ohne Beispiel ist. Nach einer 8 1/2 stündigen Sitzung wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Hoffmann durch den amtierenden Vizepräsidenten in seiner Rede — er hatte bis dahin genau 4 1/2 Stunde gesprochen — unterbrochen mit der Begründung, daß die Stenographen infolge Ermüdung nicht mehr in der Lage seien zu folgen. Herr Hoffmann, der schon vorher in den Couloirs erzählt hatte, er werde bis tausend reden, setzte infolgedessen heute bei Beginn der Sitzung um 11 Uhr seine Rede fort. Es sollte zweifellos eine Obstruktion, oder richtiger Demonstration sein gegenüber dem Präsidenten des Hauses, der den Sozialdemokraten neulich verweigert hatte, beim Justizetat ihre Bänke in der Ausschließlichkeit und an der Stelle vorzutragen, wo sie es für erlaubt und notwendig hielten. In parlamentarischen Kreisen, und zwar auch in liberalen Kreisen, ist man der Meinung, daß Herr Hoffmann, ganz abgesehen von dem Inhalt seiner Rede, in der er sich mehrmals, ganz außerordentlichen, und selbst für Redner, wie Hoffmann, ungewöhnlichen Entgleisungen hat hinreichend lassen, seiner Sache und der Sache des Parlamentes einen schlechten Dienst erwiesen hat. Die Majorität des Abgeordneten-Hauses, die ja von jeher schnell mit der Änderung und auch eventuell Vergewaltigung der Geschäftsordnung bei der Hand war, plant allen Ernstes die Einführung einer beschränkten Redefreiheit, wie es heißt von zwei Stunden. Eine solche Maßnahme, der die Linke des Hauses kaum mit Erfolg Widerstand leisten könnte, würde natürlich nicht dazu beitragen, das Ansehen der parlamentarischen Volksvertretung zu erhöhen, vor allem aber auch nicht denen zum Ruhme gereichen, die sie verschuldet haben.

Aus der heutigen Sitzung wird uns noch gemeldet, die gestrige 4 1/2-Stundenrede des 10-Gebote-Hoffmann bedeutet, wenn man die Konfliktzeit ausnimmt, für das preußische Abgeordnetenhaus den Rekord. Als Hoffmann heute um 11 1/4 Uhr begann, war das Haus noch leiblich besetzt, aber niemand kümmerte sich um den Redner, man unterließ sich allgemein recht laut, so daß der Vizepräsident Dr. v. Krause ironisch das Haus hat, sich etwas ruhiger zu verhalten, damit wenigstens der Präsident und die Stenographen den Redner hören können. Dann wurde das Haus leerer und leerer. Die Bänke der Rechten und des Zentrums sind ganz leer, nur Herr v. Schönderrand hält aus. Auch die Linke ist schon fast vertreten und selbst die paar Genossen hatten es nicht der Mühe wert, ihrem Spezialfreunde Aufmerksamkeit zu schenken. Da-

für sind die Tribünen bis auf den letzten Platz besetzt. Auf die Rede des Abgeordneten Hoffmann, der gegen 1 Uhr schloß, erwiderte Unterstaatssekretär Holz mit einer scharfen Protesterklärung der Regierung.

Großadmiral v. Tirpitz über den Untergang des Marineluftschiffs „L. 1“.

S. Berlin, 11. Febr. (Eig. Drahtbericht) In der heutigen Sitzung der Budgetkommission machte Staatssekretär von Tirpitz Mitteilungen über die Ursachen der Zerstörung des „L. 1“. Die Marineverwaltung habe an die Zeppelin-Gesellschaft nie die Forderung auf Abänderung der Konstruktion gestellt, sondern nur Anregungen gegeben. Der Unfall des „L. 1“ ist triegerisch untersucht. Nach dem Wetterbericht lag kein Bedenken vor. Auch die Nachrichten von Helgoland ließen nichts zu befürchten, ebenso wenig die barometrischen Karten. Das Luftschiff hat noch kurz vor der Katastrophe von einem kleinen Kreuzer Warnungssignale bekommen. Es war ihm aber nicht möglich, rechtzeitig umzukehren. Der Vö war ein wolkenbruchartiger Regen vorausgegangen, der das Schiff stark beschwert hatte. Dem Führer ist keine Schuld beizumessen. Es war kein Befehl erlassen, der den Führer des Schiffes gebunden hätte. Im Gegenteil, er sollte nach ausdrücklichem Befehl ausschließlich nach eigenem Ermessen handeln. Die gegenteiligen Behauptungen sind falsch. Das Schiff war nicht überlastet, es waren zwar vier Personen mehr an Bord, dafür aber fehlte die kriegsmäßige Ausrüstung, auch Ballast und Benzin war genug vorhanden. Das Wesen der Vertikalfahrt ist noch nicht genügend bekannt. Nach den bisherigen Studien stößt bisweilen eine kalte Luftmasse in die warme hinein wie ein Bolzen, und zwar bis auf eine Länge von 500 Meter. Das Schiff wurde dadurch hoch in die Höhe geworfen, stürzte dann wieder hernieder und verlor dadurch offenbar die Steuerfreiheit. Nach 20 Minuten langem Kampfe stürzte es ins Wasser. Das Personal hat bis auf den letzten Augenblick pflichtgemäß gehandelt. Vielleicht hätte das Schiff durch sofortiges Niedergehen auf das Wasser sich retten können. Der Wetterdienst läßt sich noch ausbauen. Vor allem aber wird man Luftschiffe von noch größerer Tragfähigkeit bauen müssen. Die Marine hat sich wegen der zurückliegenden großen Entfernungen auf das starke System beschränkt. Es hat sich gezeigt, daß die Größe des „L. 1“ mit seinen 23 000 Kubikmeter noch nicht ausreicht. „L. 2“ hatte 27 000 und jetzt wird der Bau eines von 32 000 beabsichtigt. Die Verwaltung ist auch mit Schütte-Lanz in Verbindung getreten. Dieses Werk macht die Schiffe zwar schwerer, aber auch fester, was vielleicht gerade für die maritimen Verhältnisse von Wert sein kann.

Der Prinz zu Wied in Rom.

wh. Rom, 11. Febr. Der Prinz zu Wied besuchte gestern die Botschafter von Deutschland und Österreich-Ungarn sowie von Frankreich und heute vormittag die Botschafter von Rußland und England. Heute nachmittag besuchte der Prinz die Königin-Mutter und beabsichtigt später das Forum Romanum.

Ein Essen in der deutschen Botschaft.

wh. Rom, 11. Febr. Zu Ehren des Prinzen zu Wied fand heute in der deutschen Botschaft ein Essen statt, an dem auch der italienische Minister des Aushern di San Giuliano, der Fürst und die Fürstin v. Bülow, Unterstaatssekretär Fürst di Scaler und andere politische Persönlichkeiten teilnahmen.

Enttäuschung des Vatikans über den ausgebliebenen Besuch des Prinzen.

wh. Rom, 11. Febr. (Eig. Drahtbericht) Im Vatikan ist man über das Ausbleiben des Prinzen zu Wied sehr enttäuscht. Wie immer in solchen Fällen machen die Intransigenten der Kurie hierfür die italienische Regierung verantwortlich. In Wahrheit jedoch hat der Prinz den ihm von kirchlicher Seite nahegelegten Besuch für unmöglich und sogar den Interessen der katholischen Mission abträglich erklärt.

Mexiko.

Verdächtigungen der Lage.

wh. London, 11. Febr. „Daily Chronicle“ meldet aus New York vom 10. Februar: In Mexiko verdächtigungen der Lage durch die Erhebung der Indianer, die alle Linien zu zerstören drohen, durch welche die Hauptstadt Kraft und Licht bezieht. Die Erhebung bedroht besonders englische und andere ausländische Interessen.

Englisch-amerikanische Verhandlungen.

wh. Washington, 10. Febr. Im Weißen Hause wird eine Besprechung zwischen dem hier weilenden englischen Gesandten in Mexiko und dem Präsidenten Wilson stattfinden, in der die mexikanischen Angelegenheiten behandelt werden sollen.

Der Zusammentritt der Bahrer-Kommission.

S. Berlin, 11. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die Bahrer-Kommission tritt, wie wir authentisch mitteilen können, zu ihrer ersten Sitzung am Mittwoch zusammen. Die Regierung wird sich in der üblichen Weise in der Kommission vertreten lassen. Die Nachricht, die Kommission wolle sich vertagen, bis der Militärstat in weiterer Lösung im Vennum beraten würde, wobei man Erklärungen des Kriegsministers erwarte, ist falsch.

Verbot eines deutschfeindlichen Tendenzstückes.

wh. Kilmor, 11. Febr. Das Bezirkspräsidium des Oberelsaß hat die Aufführung eines Theaterstückes verboten, das im Kilmorser Neuen Elysäischen Theater aufgeführt werden sollte. Das Stück betitelt sich „Der 14. Juli“ und stammt von dem Kilmorser Buchhalter Herrich Sallemann. Es ist, wie das „Elysäische Tagblatt“ schreibt, das schlimmste deutschfeindliche Tendenzstück, das man bisher kennt. Es wurde noch nirgends aufgeführt.

Ein Vermittler des Papstes zum Bischofsstuhle?

wh. Mainz, 11. Febr. Wie dem „Mainzer Journal“ von privater Seite aus Rom gemeldet wird, hat Papst Pius die Absicht, den Venediktinerpater Janßen nach Deutschland zu entsenden. Die Reise soll zum Ausgleich der bestehenden Differenzen beitragen. Auf seiner Reise soll der Vater die Städte München, Triest, Paderborn und Breslau berühren.

